

JAHRESBERICHT 2013

100 Jahre •
Handelskammer und
Arbeitgeberverband
Graubünden



Porträt	4
Das Wirtschaftsjahr 2013	5
Vernehmlassungen und Abstimmungen	12
Zusammenarbeit	25
Verbandsaktivitäten	27
Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus	32
Jahresrechnung 2013	35
Revisorenbericht 2013	37
Verbandsorganisation 2013	39

PORTRÄT



WER WIR SIND

Handelskammer und Arbeitgeberverband ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband, dessen Mitglieder sich vornehmlich aus Industrie, Handel und Dienstleistung rekrutieren.

Der Vorstand besteht aus 25 Spitzenleuten aus Industrie, Handel, Dienstleistung und Tourismus. Dieser bestimmt die Richtlinien der Verbandspolitik.

WOFÜR WIR UNS STARK MACHEN

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden bezweckt die Vertretung und die Förderung der Interessen der Wirtschaft aus Handel, Industrie, Dienstleistung, Tourismus sowie freien Berufen gegenüber Bund, Kanton, Öffentlichkeit und anderen Organisa-

tionen unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten. Handelskammer und Arbeitgeberverband setzt sich für die branchenübergreifenden Interessen der Arbeitgeberschaft und für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort Graubünden ein.

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden macht sich stark für möglichst günstige Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft und setzt sich für eine privatwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik auf regionaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene ein.

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden engagiert sich für

- Günstige Rahmenbedingungen für die Bündner Wirtschaft
- Geordnete politische Verhältnisse
- Eine niedrige Steuer- und Gebührenbelastung
- Eine unternehmensfreundliche Raumplanungs- und Verkehrspolitik
- Ein hohes Bildungsniveau und wirtschaftsnahe Bildungsinhalte
- Eine freiheitliche Energiepolitik
- Eine liberale Aussenwirtschaftspolitik

Die Vertretung der Interessen der Mitglieder erfolgt durch Tätigkeiten in Kommissionen und politischen Gremien, durch Mitwirkung bei Vernehmlassungen sowie durch Vorstösse und persönliche Kontakte. Wir nehmen Stellung zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik im Kanton Graubünden.

Im Vordergrund der politischen Arbeit von Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden stehen die Aktivitäten im Kanton Graubünden. So engagieren wir uns auch bei Wahlen und Abstimmungen, geben Empfehlungen ab und wirken in Kampagnen mit.

Ferner erbringt Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden folgende Dienstleistungen:

- Ursprungszeugnis- und Beglaubigungsdienst
- Exportberatungen
- Kontaktvermittlungen
- Rechtsauskünfte an Mitglieder
- HK-News-Mitteilungen an Mitglieder

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2013

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2013 INTERNATIONAL

2013 bürstete die wirtschaftliche Erhöhung an Dynamik ein. Das globale Wachstum sank auf 3,2 % und lag damit zwei Prozentpunkte unter dem Höchststand von 2010. Dieser weltweite Wachstumsrückgang widerspiegelte drei grosse Trends: ein insgesamt schwächeres, aber immer noch solides Wirtschaftswachstum in den aufstrebenden Volkswirtschaften, eine anhaltende Expansion der US-Wirtschaft sowie eine Rezession im Euroraum. Das Wachstum in Japan schwankte stark, nachdem es vorübergehend durch den Wiederaufbau nach dem Erdbeben von 2011 sowie durch Änderungen in der Wirtschaftspolitik Auftrieb erhalten hatte. Die chinesische Wirtschaft zeigte im abgelaufenen Jahr Schwächen auf, und auch andere asiatische Staaten blieben hinter den Erwartungen zurück. In den Schwellenländern wie Brasilien, Russland oder Indien enttäuschten die Wachstumsraten 2013.

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2013 IN DER SCHWEIZ

In der Schweiz konnte nach wie vor eine positive Wirtschaftsentwicklung registriert werden. Das Wachstum betrug 2013 2 % und die Arbeitslosenquote stieg zwar gegenüber dem Vorjahr leicht an, verharrte aber mit 3,2 % auf einem international weiterhin tiefen Niveau. Die Wirtschaftsentwicklung verlief zerteilt zwischen dynamischer Binnenwirtschaft (Bau, viele Dienstleistungssektoren) und gedämpften exportorientierten Sektoren (insbesondere Industrie, aber auch Finanzdienste). Die vermehrt positiven Impulse aus den USA und der EU lassen aber eine positive Entwicklung der schweizerischen Exporte erwarten. Erfreulich war die Entwicklung in der Hotellerie. Sie verzeichnete in der Schweiz 2013 insgesamt 35,6 Mio. Logiernächte. Nach einem Rückgang in den vergangenen beiden Jahren bedeutet die Zunahme von 2,5 % (+ 858 000 Logiernächte) gegenüber 2012 einen Wiederaufschwung. Die Schweizer Gäste generierten mit 15,9 Mio. Logiernächten einen Anstieg von 1,3 % (+199 000 Einheiten). 19,7 Mio. Logiernächte entfielen auf ausländische Gäste, was einem Plus von 3,5 % entspricht.

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2013 IN GRAUBÜNDEN

(teilweise gemeinsamer Bericht mit dem Bündner Gewerbeverband)

Vor diesem gesamtschweizerischen Hintergrund zeigte sich auch die **Bündner Volkswirtschaft 2013** mit einem BIP-Wachstum von ca. 1,6 % wieder etwas dynamischer. Der Bündner Aussenhandel blickt auf ein lebhaftes Jahr zurück.

Von den 15 057 (14 552) erteilten **Arbeitsbewilligungen** für ausländische Arbeitskräfte entfielen 10 217 (9 495) auf Kurzaufenthalter EU, 1 361 (1 278) Jahresaufenthalter EU, 336 (364) auf Grenzgänger, 100 (75) auf Kurzaufenthalter Drittstaaten, 3 (15) auf Jahresaufenthalter Drittstaaten und 14 (45) auf selbstständig Erwerbstätige. Ferner wurden für maximal 90 Arbeitstage von Unternehmen in Graubünden 5 126 (3 545) und von ausländischen Betrieben 10 414 (9 167) Arbeitskräfte gemeldet.

Die mittlere **Arbeitslosenquote** betrug im 2013 in Graubünden 1,7 % (1,6 %) (Schweiz: 3,2 %). Ende Juli 2014 wurden in Graubünden 1 226 Arbeitslose registriert. Gegenüber Juli 2013 mit 1 291 Arbeitslosen ist die diese Zahl um 65 gesunken.

Ende 2013 waren beim Amt für Berufsbildung 5739 (5808) **Lehrverträge** registriert. Im Berichtsjahr wurden 2032 (2059) Lehrverträge neu abgeschlossen, 565 (564) wurden aufgelöst oder umgewandelt

Die **Exportindustrie** konnte sowohl ihre Ausfuhren (+5,9 %) als auch ihre Einfuhren (+6,3 %) deutlich steigern. Die drei in Graubünden dominierenden Zweige Chemie (+1,2 %), Maschinen-/Apparate-/Elektronikbranche (+1,9 %) sowie Präzisionsinstrumente (+6,1 %) haben allesamt zu diesem Zuwachs beigetragen. Weiterhin nimmt Deutschland über einen Viertel aller Bündner Exportwaren ab und bleibt so mit Abstand der wichtigste Handelspartner. Dank einem grösseren Zuwachs im letzten Jahr (+15,4 %) ist die Volksrepublik China erstmals bereits der zweitwichtigste ausländische Abnehmer von Bündner Waren. Daneben gewinnen auch die weiteren grossen Schwellenländer wie Indien oder Brasilien als Absatzmarkt zusehends an Bedeutung.



Im **Tourismusjahr** 2013 (November 2012–Oktober 2013) war eine leichte Erholung zu verzeichnen. Nach einer Baisse mit teilweise gar historischen Tiefstwerten konnte die Bündner Hotellerie ihre Frequenzen im Vergleich zum Vorjahr nun erstmals seit fünf Jahren wieder steigern, wenn auch noch relativ bescheiden. Neben der gewohnten stabilen Nachfrage von Schweizer Gästen (+1,8 %) hat vor allem die Erholung in den wichtigen europäischen Märkten Deutschland (+1,3 %), Vereinigtes Königreich (+7,4 %) sowie den Niederlanden (+3,2 %) einen entscheidenden Anteil an der vorerst noch sanften Trendwende. Dies sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Niveau der Anzahl Logiernächte im langjährigen Vergleich noch immer sehr tief liegt und sich beispielsweise die – gerade im südlichen Kantonsteil wichtige – Nachfrage aus dem italienischen Markt auch im letzten Jahr weiter rückläufig entwickelte (–5,2 %). Obwohl sich der vergangene Winter nun auch für andere touristische Akteure wie etwa die Bündner Bergbahnen vor allem witterungstechnisch herausforderungsreich gestaltete, darf angesichts der Vorzeichen auch für 2014 mit einer Fortsetzung des leichten Aufschwungs im Tourismus gerechnet werden.

Das Geschäftsjahr 2012/13 der **Bergbahnen Graubünden** verlief etwas erfreulicher als das Vorjahr. Der Verkehrsertrag nahm um CHF 4,2 Mio. oder 1,9 % zu. Mit rund CHF 232 Mio. liegt der Verkehrsertrag 2012/13 im Vergleich zum Fünfjahres-Durchschnitt

allerdings um 8 % deutlich zurück. Insbesondere die Wintersaison, in der die Bündner Bergbahnen 93 % ihres Ertrages erwirtschaften, war durchzogen. Trotz hervorragendem Start im Dezember 2012 und ausgezeichneten Schnee- und Pistenverhältnissen während der ganzen Wintersaison fanden die Gäste aufgrund des unbeständigen Wetters nicht den Weg auf den Berg. Um einiges erfreulicher verlief die Sommersaison 2012, in welcher der Verkehrsertrag um 14,8 % gesteigert werden konnte. Obwohl nur 7 % des Verkehrsertrages im Sommer erzielt werden, trug der Sommer 2012 mit CHF 2,1 Mio. zur Hälfte zur Steigerung des gesamten Verkehrsertrages bei. Den Verband Bergbahnen Graubünden beschäftigten im Jahr 2013 insbesondere die folgenden Themen: die Förderung des Schneesportnachwuchses, die Umsetzung der Wetterplattform wetter-graubuenden.ch, eine Studie zur Thematik «Herausforderung Klimawandel – Schneesicherheit der Bündner Skigebiete» in Zusammenarbeit mit dem AWT, die Evaluation der orts- und branchenüblichen Entlohnung in Zusammenarbeit mit dem KIGA, die Befreiung der Pistenfahrzeuge von der Mineralölsteuer in Zusammenarbeit mit Seilbahnen Schweiz sowie verschiedene Aktivitäten zur Optimierung der Rahmenbedingungen, insbesondere auf der Kostenseite.

Im Geschäftsjahr 2013 der **Rhätischen Bahn** erholte sich der Verkehrsmarkt und führte zu einem leicht über den Erwartungen liegenden Ertragswach-

tum im Personenreiseverkehr. Der Güterverkehr hingegen befindet sich weiterhin in einer schwierigen Marktsituation und konnte die Erwartungen bei Weitem nicht erfüllen. Die Investitionstätigkeit erreichte mit CHF 192 Mio. einen Höchststand. Das Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) zeigt einen kleinen Gewinn von CHF 394 000.00. Im Personenverkehr begrüßte die RhB 9,8 Mio. und damit 2,9 % mehr Fahrgäste als im Vorjahr. Beim Güterverkehr musste ein Rückgang von 14,1 % bei den beförderten Mengen in Kauf genommen werden. Die Entwicklung beim Autoverlad blieb mit 468 000 beförderten Fahrzeugen und einem Verkehrsertrag von CHF 14,1 Mio. auf dem Vorjahresniveau. Insgesamt wurde mit CHF 127,6 Mio. der höchste Verkehrsertrag in der 125-jährigen Geschichte erreicht. Die Abgeltungszahlungen von Bund und Kanton für ungedeckte Betriebskosten von CHF 162 Mio. wurden im Umfang von CHF 67 Mio. für die Finanzierung des Personenverkehrs, CHF 5,7 Mio. für den Güterverkehr und CHF 89,4 Mio. für die Infrastruktur aufgewendet.

Die weltweit in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere und Spezialchemikalien tätige **Ems-Gruppe** steigerte 2013 den Nettoumsatz um 7,4 % auf CHF 1885 Mio. (CHF 1755 Mio.) und das Betriebsergebnis (EBIT) um 15,4 % gegenüber dem Vorjahr. Nettoumsatz und Betriebsergebnis (EBIT) erreichten damit wiederum neue Höchstwerte. Der Nettogewinn schloss



18,3 % über Vorjahr bei CHF 324 Mio. (CHF 274 Mio.). Alle geografischen Regionen verzeichneten ein Wachstum, jenes in Asien (namentlich in China) fiel besonders stark aus. Knapp die Hälfte des Nettoumsatzes, nämlich 46,2 % (49,1 %) wurde in der Schweiz produziert, 25,3 % (23,7 %) in Europa, 18,1 % (17,0 %) in Asien, 9,2 % (9,4 %) in Nordamerika und 1,2 % (0,8 %) in den übrigen Ländern. Ende Dezember 2013 wurden total 2670 (2371) Mitarbeiter (ohne Lernende) beschäftigt, davon 1016 (981) in der Schweiz, 715 (636) im übrigen Europa, 710 (534) in Asien und 229 (220) in Amerika. Per Jahresende wurden in der Schweiz 132 (131) Lernende in 14 Berufen beschäftigt.

Die **Hamilton-Gruppe** erzielte im per Ende November abgeschlossenen Geschäftsjahr trotz schwierigen Marktumfelds – Obama Care in den USA, massive Währungseinbrüche in Südostasien und regulatorische Barrieren in China –



einen Rekordumsatz. Die in der Medizintechnik tätige Hamilton Medical AG übertraf das Rekordergebnis aus dem Vorjahr um 10 %, die in der Mess- und Sensortechnik sowie Laborautomation tätige Hamilton Bonaduz AG um 5 %. Dank des anhaltenden Wachstums konnte die Hamilton-Gruppe auch den Standort Bonaduz weiter stärken, wo neu über 800 Mitarbeitende tätig sind. Trotz seiner Produktionsverlagerung nach Rumänien in einem besonders arbeitsintensiven Teilbereich konnten im vergangenen Geschäftsjahr in Graubünden wieder 43 neue Mitarbeiter eingestellt werden.

Das Geschäftsjahr 2013 war für die **CEDES-Gruppe** ein gutes Jahr, trotz eines sehr schwierigen Marktumfelds. Denn die angestammten Märkte von CEDES – Sensoren für die Aufzugsindustrie sowie automatische Türen und Tore – werden immer mehr zu «Commodity»-Märkten. Das heisst, es sind Einkäufer-Märkte und der Wettbewerb um den an sich begrenzten Markt wird erbittert geführt. Das Resultat ist ein stetiger Preiszerfall, der nur durch Optimierung, Automatisierung und grosse Investitionen in neuartige Technologien zur Kostenreduktion aufgefangen werden kann. CEDES konnte im Geschäftsjahr 2013 ein Umsatzwachstum von knapp 6 % erzielen, musste dafür aber über 12 % mehr Produkte verkaufen. Das vergangene Jahr wurde genutzt, um in neue Produkte und Dienstleistungen zu investieren. Mit dem neuen absoluten Positionierungssystem für Aufzüge APS wurde ein Produkt



auf den Markt gebracht, welches für CEDES in den kommenden Jahren eine grosse Bedeutung erlangen wird. Dieses und auch andere neue Produkte basieren auf der bahnbrechenden Halbleitertechnologie von ESPROS Photonics AG aus Sargans. Die CEDES-Gruppe beschäftigt weltweit rund 450 Mitarbeitende, davon 250 in Landquart. CEDES ist auch als Ausbildungsstätte sehr beliebt. 38 Lernende werden in Landquart in 6 Berufen ausgebildet.

TRUMPF Schweiz – mit den beiden Standorten in Baar und Grüşch – kann ein erfreuliches Wachstum im per 30. Juni 2014 beendeten Geschäftsjahr 2013/14 aufweisen. Mit CHF 721 Mio. wurde der Vorjahresumsatz von CHF 640 Mio. um 13 % übertroffen. Eine noch deutlichere Steigerung wurde beim Auftragseingang erzielt, der um 17 % auf CHF 738 Mio. zunahm. Diese sehr erfreuliche Entwicklung ist vor allem auf den Anstieg bei den Lasermaschinen und den Systemen für die Laserbeschriftung zurückzuführen. Besonders erfolgreich war man in West-

europa und Asien. Dieses Wachstum wurde mit einem unveränderten Mitarbeiterstand von 774 Personen erreicht.

Das Betriebsergebnis (EBIT) des Industriekonzerns **Georg Fischer AG** erhöhte sich um 13 % auf CHF 251 Mio., das Konzernergebnis um 5 % auf CHF 145 Mio., die EBIT-Marge von 6,0 % auf 6,7 %. Alle drei Divisionen trugen zur Steigerung der Profitabilität bei. Die Zahl der Mitarbeitenden erhöhte sich um 654 auf 14.066. In den Produktionshallen im Prättigau produzieren 180 Mitarbeitende rund 1,5 Mio. Hand- und Automatikarmaturen pro Jahr. Diese dienen der Steuerung, Regelung und Messung von Flüssigkeiten in Rohrleitungssystemen.

Die auf Heizungsregelungstechnik spezialisierte **TEM AG** hat ihr Marktleistungsportfolio mit Systemlösungen und Komponenten für die Raum- und Gebäudeautomation durch Kauf der Elesta Building Automation GmbH (Konstanz) sowie der Elesta energy control (Bad Ragaz) stark erweitert. Diese Erweiterung mit Systemen und Komponenten

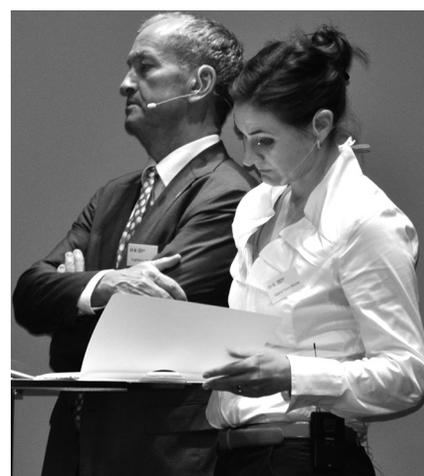
für die Raum- und Gebäudeautomation ist ein wichtiger Schritt in Richtung Smart Home Technologie. Ebenfalls neu ist die eigene Produktionsgesellschaft in Ungarn, die nicht nur die Elektronik für die eigenen Produkte fertigt, sondern auch für Drittfirmen produziert.

Der Heimmarkt der **Freymatic AG**, die Ziegelindustrie, leidet unter Überkapazitäten und den dadurch bedingten knappen Preisen. Zudem wird der Baustein von einer Reihe alternativer Baustoffe konkurrenziert. In diesem Umfeld hat Freymatic AG in die Strahltechnik, speziell für die Flugzeugindustrie, diversifiziert. Durch ein computergesteuertes Bestrahlen von komplexen Metallteilen mit einem harten Strahlmittel wird deren Lebensdauer um ein Vielfaches verlängert. Die Tochterfirma Roxor Maschinen AG hat im vergangenen Jahr bereits eine komplette Strahlanlage sowie Unterhaltsarbeiten an bestehenden Anlagen zur grossen Zufriedenheit der Kunden ausführen können, was für die Zukunft positiv stimmt.

Die **Griston-Gruppe** mit den Geschäftsfeldern Sand, Kies, Beton, Anlagenbau, Engineering, Fertigung sowie Dienstleistungen und Immobilien kann gesamtthaft auf ein hoch erfreuliches Jahr zurückblicken. Der Beteiligungsertrag beläuft sich auf rund CHF 1,973 Mio. und bewegt sich im Rahmen des sehr guten Vorjahres (CHF 2,065 Mio.). Der konsolidierte Reingewinn erhöhte sich im Berichtsjahr um 21 % gegenüber dem Vorjahr auf CHF 2,279 Mio. Der Reingewinn nach Steuern beträgt CHF 1,555 Mio.

Die Gesellschaften der **Würth-Gruppe**, die mit 1500 Mitarbeitenden in der Schweiz in verschiedenen Bereichen tätig sind, mussten mit einem Umsatz von EUR 786,6 Mio. einen Umsatz von -4,1 % gegenüber dem Vorjahr hinnehmen. Erfreulicherweise konnten einige Unternehmen ein Umsatzwachstum verzeichnen, z. B. die Würth Itensis, welche mit 112 Mitarbeitenden in der Schweiz mit einem Umsatzwachstum von 8 % erneut eine Rekordmarke setzte. Weltweit werden 63 571 Beschäftigte gezählt. In Chur und Landquart wurden in den verschiedenen Würth-Gesellschaften rund 250 Mitarbeitende beschäftigt. In Chur werden 18 Lernende und 4 Praktikanten ausgebildet.

Die Gesamtleistung der **Repower-Gruppe** von rund CHF 2,4 Mia. blieb stabil. Aufgrund der Wertberichtigungen musste ein EBIT von CHF -150 Mio. und ein Verlust von CHF 152 Mio. ausgewiesen werden. Der operative Cashflow von CHF 69 Mio. (CHF 54 Mio.) konnte gegenüber dem Vorjahr um 29 % gesteigert werden, was angesichts der schwierigen Marktlage als ansprechend taxiert wurde. Die Eigenkapitalquote von 39 % ist solide. Den Stromabsatz steigerte Repower um 7 % auf 17 012 GWh, wovon 10 751 GWh (+19 %) auf das Handelsgeschäft entfallen. Im Vertrieb wurden 9 % weniger umgesetzt. Im Gasgeschäft setzte Repower 1,5 Mia. Kubikmeter um (+135 %). Im Handel betrug die Zuwachsrate 176 % und im Vertrieb 22 %.



Bei der **Graubündner Kantonalbank** übertraf das Geschäftsergebnis 2013 dank der konsequenten strategischen Ausrichtung auf die Anspruchsgruppen und dem verringerten Geschäftsaufwand die Erwartungen. Die Bilanzsumme überschritt erstmals die 20-Mia.-Grenze. Das Kundenvermögen erhöhte sich um 4,1 % auf CHF 29,5 Mia. Der Neugeldzufluss um 1,3 % auf CHF 362 Mio. Bei den Kundenausleihungen erhöhte sich das Wachstum nochmals um 3,6 % und bei den Hypotheken um 4,4 %. Der Erfolg aus dem Zinsengeschäft sank jedoch aufgrund der anhaltend tiefen Geld- und Kapitalmarktsätze um 3,8 %. Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft erhöhte sich – unterstützt durch das sehr gute Aktienjahr – um +3,4 % auf CHF 113,1 Mio. Aufgrund der grossen Bedeutung des Zinsgeschäftes nahm der Bruttoertrag um –1,4 % auf CHF 214,4 Mio. ab. Die Dividende pro PS betrug wiederum CHF 38.00. Insgesamt wurden über Dividenden und die Abgeltung der Staatsgarantie CHF 97,6 Mio. an den Kanton Graubünden und an die Partizipanten ausgeschüttet. An 66 Standorten wurden 1097 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Obwohl das Medienjahr 2013 branchenweit nicht sehr erfolgreich war und sich die Werbeeinnahmen und Auflagezahlen zurückbildeten, konnte die **Südostschweiz Mediengruppe (Somedia)** bei einem sinkenden Umsatz von CHF 128,1 Mio. (CHF 136,2 Mio.) den Cashflow auf CHF 7,8 Mio. (CHF 5,3

Mio.) steigern und einen Jahresgewinn auf Vorjahresniveau von CHF 1 Mio. (CHF 1,1 Mio.) erzielen. Insgesamt waren 923 (938) Mitarbeiter beschäftigt. Die Somedia verstärkt in Zukunft ihre Konvergenzstrategie mit Tageszeitung, Radio, TV und Online, diese werden bis zum nächsten Jahr zur konvergenten Medienmarke «Südostschweiz» zusammengefasst. Der Umzug der Mitarbeiter von den vier heutigen Standorten in Chur und Umgebung an die neuen Arbeitsplätze im Medienhaus ist auf Anfang 2015 geplant.

Die **ÖKK** blickt auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Die konsolidierte Rechnung schliesst mit einem Ergebnis von CHF 7,7 Mio. ab. Gegenüber dem Vorjahr ist dies allerdings ein Rückgang von CHF 4,1 Mio. resp. 34,7 %. Der konsolidierte Gewinn wird vollständig zur Stärkung des Eigenkapitals verwendet, welches konsolidiert CHF 131,2 Mio. (CHF –10,2 Mio.) beträgt. Die verdienten Prämien belaufen sich auf CHF 613,2 Mio. (CHF 592,5 Mio.), was einer Zunahme von 3,5 % entspricht. Die Versicherungsleistungen inkl. Kostenbeteiligungen und Risikoausgleich belaufen sich auf CHF 540 Mio. (CHF 499,4 Mio.). Der Betriebsaufwand für eigene Rechnung belief sich auf CHF 67,2 Mio. (CHF 63,8 Mio.). Der Gewinn von CHF 7,7 Mio. stammt zu 57 % oder CHF 4,4 Mio. aus dem KVG-Geschäft und zu 34 % bzw. CHF 2,6 Mio. aus dem VVG-Geschäft.

Die **Allegra Passugger Mineralquellen AG** hat ihr Wachstumsziel in Bezug

auf das Geschäftsvolumen mit plus 11 % klar übertroffen. Auch Cashflow und Jahresgewinn konnten deutlich gesteigert werden. Insbesondere die Unabhängigkeit der beiden Traditionsmarken ermöglichte in den Kernmärkten Graubünden und Grossraum Zürich ein Wachstum von +16.9 % bzw. +13 %. Derweil stagnierte der Gesamtmarkt Natürliches Mineralwasser schweizweit. Auch im achten Jahr in Unabhängigkeit konnten in Passugg neue Stellen geschaffen werden.

Die **Frostag Food-Centrum AG** blickt trotz anhaltend hohem Preisdruck und gestiegenen Qualitätsanforderungen auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Dies nicht zuletzt aufgrund des Lebensmittelkandals im Frühjahr 2013, von welchem die Frostag Food-Centrum AG nicht betroffen war. Gegenüber dem Vorjahr konnte eine Umsatzsteigerung erzielt werden. Der Zuwachs ist u. a. der Realisierung neuer Projekte zuzuweisen, in welchem Zusammenhang Investitionen in neue Technologien und Produktionsanlagen getätigt wurden. Dank zusätzlicher Aufträge und hoher Auslastung der Produktion konnten 13 zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Der Konsum von **Bündnerfleisch** in den Privathaushalten der Schweiz hat im Jahr 2013 um rund 9 % zugenommen. Leicht rückläufig entwickelte sich demgegenüber der Gesamtabatz im Inland, was zeigt, dass in der Gastronomie immer weniger Bündnerfleisch konsumiert wird. Hauptsächlich dürfte dies auf die hohen Preiszuschläge zu-

rückzuführen sein, die im Gastronomiebereich angewendet werden. Im Exportbereich entwickelten sich die Bündnerfleisch-Verkäufe erneut rückläufig und gingen gegenüber dem Vorjahr um rund 9,5 % zurück. Damit beläuft sich der Anteil der Exporte an der Gesamtproduktion auf 62 %.

Dank der stabilen Wirtschaftslage konnte auch die **Transport- und Logistikbranche** profitieren. Der Auslastungsgrad war zufriedenstellend. Das Bauhaupt- und Baunebengewerbe lief sehr gut, was sich auch in der nationalen und kommunalen Auftragslage positiv niederschlug. Dank des milden Winters, welcher zwar für die auf die Schneeräumung spezialisierten Betriebe negativ zu Buche schlug, konnten die Fahrzeuge dank der regen Bautätigkeit anderweitig eingesetzt werden. Weiterhin wird sich die Branche aber auf den harten Verdrängungswettbewerb, vor allem grenzüberschreitend, mit entsprechenden Massnahmen einstellen müssen. Als belastend wird die sich verschärfende Stauproblematik erachtet, deren Kosten inskünftig nicht mehr durch das Transportgewerbe getragen werden könnten, sondern in Form von höheren Transportpreisen und schliesslich auf den Konsumenten abgewälzt werden müssten.

Wie die Schweizer konnte auch die **Bündner Bauwirtschaft** ihre Umsätze 2013 im Vorjahresvergleich steigern, und zwar um 1,9 % (Schweiz: +4,9 %). Die Anzeichen eines sich einstellenden Rückgangs der Nachfrage im Zweit-

wohnungsbereich sind allerdings unübersehbar. Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe lag per Mitte Jahr deutlich unter dem Vorjahreswert (-6 %). Die Auftragseingänge, das Bauvolumen und die Arbeitsvorräte bewegten sich nahe an den Vorjahreswerten. Die Investitionen der öffentlichen Hand im Bereich des Unterhaltes und des Ausbaus der Infrastrukturen haben für die Bauwirtschaft eine ungebrochen hohe Bedeutung. Im Bauhauptgewerbe des Kantons Graubünden waren per Ende Juni insgesamt noch 4735 Personen beschäftigt, nämlich 1531 Schweizer (-0,6 %), 1062 Kurzaufenthalter (-0,9 %) und 2142 übrige Ausländer (-5,7 %).

Für die **Bündner Holzwirtschaft** hat sich mit der nachteiligen Währungssituation mit dem überstarken Franken im Berichtsjahr nichts verbessert: Die Importe sind begünstigt, die Exporte erschwert. Die Margen der Bündner und Schweizer Säge-, Holzwerkstoff- und Papierindustrie sind wegen der Frankenstärke stark geschmälert worden. Dieser Druck musste auch an die Waldbesitzer weitergegeben werden, welche teils Verständnis zeigten, teils aber auch die Holzernte zurückgefahren haben. Eigentlich hätte die Holzbranche glänzende Perspektiven: Die Architekten haben den Baustoff Holz entdeckt – für Kindergärten, Mehrfamilienhäuser, Hallen, soziale Wohnungsbauten und Krankenhäuser – die Holzingenieure, die bewegliche Normenlandschaft und die Holzbauer machen die Realisierung solcher Projekte möglich. Es fehlt nur noch



der Brückenschlag zwischen hiesigem Holzanwender und der hiesigen Holz- und Waldwirtschaft, indem einheimisches Holz verarbeitet wird. Gemäss Trends wird die Regionalität weiter an Bedeutung gewinnen, zudem steht in ca. drei Jahren wieder ein Supercycle – also die gleichzeitige Topnachfrage aus China und den USA – bevor, was die Holzwirtschaft voranbringen und die aktuelle Währungsproblematik etwas entschärfen könnte.

Mit nur 15 000 Hektoliter lag die Bündner **Weinernte** 2013 einen Drittel unter dem zehnjährigen Mittel. Dafür weist der Wein eine hohe Qualität auf. Zurzeit stehen in Graubünden 47 verschiedene Traubensorten im Anbau. 77 % der Ernte entfallen auf Rotwein, 23 % auf Weisswein.

VERNEHMLASSUNGEN UND ABSTIMMUNGEN

Die folgenden Stellungnahmen der Handelskammer sind – in der Regel zusammen mit dem Bündner Gewerbeverband und hotelleriesuisse Graubünden – entweder im Rahmen der offiziellen Vernehmlassungsverfahren der kantonalen und eidgenössischen Behörden oder später im laufenden Gesetzgebungsprozess abgegeben worden. Einzelne Vorlagen wurden auf dem Korrespondenzweg und in persönlichen Gesprächen behandelt. Sie finden die Vernehmlassungen im vollen Wortlaut auf unserer Website: www.hkgr.ch → Mitteilungen → Vernehmlassungen.

VERNEHMLASSUNGEN BUND

Bundesgesetz über Zweitwohnungen

Das Schweizer Stimmvolk hat am 11. März 2012 die Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen» angenommen. Die überraschende Annahme gilt zwar für die ganze Schweiz, wirkt sich aber konkret vor allem in den Berggebieten und Tourismusregionen und damit in Graubünden aus. Die negativen volkswirtschaftlichen Konsequenzen sind beträchtlich. Je nach kon-

kreter Umsetzung des neuen Verfassungsartikels ist mit dem Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen zu rechnen und die Bauinvestitionen könnten sich bereits im Jahr 2015 um mehrere hundert Millionen Franken und langfristig um bis zu 200 Millionen Franken reduzieren. Die für die schon ohnehin strukturschwachen Regionen zentralen Branchen Bauwirtschaft und Tourismus werden dank dem Erfolg der Initiative stark geschwächt, insbesondere sind es natürlich viele gewerbliche Betriebe. Im Rahmen der Vernehmlassung zum nun auszuarbeitenden Zweitwohnungsgesetz muss einerseits dem Abstimmungsergebnis Rechnung getragen werden, andererseits aber auch unseren berechtigten wirtschaftlichen Ansprüchen sowie der verfassungsmässig verankerten Eigentums- und Besitzstandsgarantie Folge geleistet werden. Mit Unterstützung von economiesuisse haben wir im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens darauf hingewiesen, dass es staats- und gesellschaftspolitisch von grösster Bedeutung ist, die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den Berg- und Randregionen nicht noch mehr einzuschränken, während im prosperierenden Mittelland vom Boden- bis zum Genfersee unvermindert weitergebaut werden kann. Sonst droht

eine räumlich zweigeteilte Schweiz: Eine A-Schweiz im Mittelland mit hohem Wachstum einerseits und eine zu Naturreservaten degradierte B-Schweiz in den ländlichen und peripheren Räumen, wo der Schutzgedanke im Vordergrund steht. Wozu Graubünden zählt, ist bei dieser Betrachtung offensichtlich. Im Rahmen der Vernehmlassung zum Zweitwohnungsgesetz haben wir uns deshalb vor allem auf die Bedeutung des altrechtlichen Bestandes, auf die Situation der bewirtschafteten Wohnungen, auf die Förderung der Hotellerie und auf den Anwendungsbereich des Gesetzes konzentriert. Überdies haben wir verlangt, dass der Vollzug des Gesetzes schon allein aus administrativen Überlegungen den Kantonen zu überlassen ist, insbesondere auch was die Festlegung der Zweitwohnungsanteile und Massnahmen gegen unerwünschte Entwicklungen bei Umwandlungsmöglichkeiten für altrechtliche Wohnungen betrifft.

Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)

Zu dieser Vorlage haben die Schweizerischen Industrie- und Handelskammern eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben und geltend gemacht, die

Abschaffung der Pauschalbesteuerung ziehe erhebliche negative wirtschaftliche Folgen nach sich, welche sich nicht nur auf die öffentlichen Finanzen beschränkten. Pauschalbesteuerte Personen seien auch gute Konsumenten und Investoren. Schätzungsweise dürften über 30 000 Arbeitsplätze hievon betroffen sein. Negativ wirke sich die Aufhebung der Pauschalbesteuerung aber auch auf die betroffenen Unternehmen aus. Des Weiteren werde aber auch der Steuerwettbewerb und die Steuerautonomie der Kantone eingeschränkt. Von den Schweizerischen Spitzenverbänden, namentlich von *economiesuisse*, wurde aber auch verlangt, dass sich diese für die Beibehaltung der Pauschalbesteuerung engagierten. Dies deswegen, weil die Handelskammern der Berg- und Randregionen sich jeweils für Themen im Interesse der starken Wirtschaftsregionen ebenfalls einsetzen, obwohl sie hievon nicht unmittelbar betroffen wären. Im Sinne einer gelebten Solidarität sei es Aufgabe von *economiesuisse*, sich für die Erhaltung der Steuerhoheit der Kantone und insbesondere der Pauschalbesteuerung als wichtigen Steuer- und Wirtschaftsfaktor einzusetzen.

Totalrevision des Gütertransportgesetzes (Gesamtkonzeption zur Förderung des Schienengüterverkehrs in der Fläche)

Positiv wurde die Forderung nach Eigenwirtschaftlichkeit für die Schiene und die Befreiung der SBB von der Pflicht zur Grundversorgung im Schienengüterverkehr aufgenommen. Aller-

dings weise die Gesamtkonzeption nach wie vor gravierende Mängel und Schwächen auf, insbesondere fehle es an klar definierten Grundsätzen und Zielen, welche auch leistungsmässig konkretisiert seien, was zu einer versteckten Verlagerungspolitik mittels Betriebssubventionen führen könnte. Eigenwirtschaftlichkeit sei aber schwierig zu erreichen, wenn Infrastruktur und Betrieb nicht klar getrennt würden. Subventionen seien höchstens statthaft, wenn der Verlader diese als Anschubfinanzierung erhalte analog zur LSVA-Rückerstattung. Eine Gesamtkonzeption nur für den Schienengüterverkehr in der Fläche sei abzulehnen. Es brauche einen integrativen Masterplan «Logistik» für alle Verkehrsträger, Schiene, Strasse, Luft und Wasser, damit der Markt spielen könne. Bezüglich der Eigenwirtschaftlichkeit sei eine klare, faire und transparente Verkehrsfinanzierung nach dem Verursacherprinzip sicherzustellen. Förderbeiträge für die Schieneninfrastruktur seien akzeptabel, nicht aber Subventionen für den Bahnbetrieb. Auf jeden Fall sei zur Sicherstellung der Chancengleichheit ein diskriminierungsfreier Zugang bei den Terminals im KV-Bereich zu gewährleisten.

Konsumkreditgesetz

Das Kleinkreditgeschäft wurde im Grundsatz positiv bewertet. Mit solchen Kleinkrediten werde ein nicht unwesentlicher Teil des Konsums finanziert und dabei in den allermeisten Fällen auch die Prüfung der Kreditnehmer seriös vorgenommen. Deswegen werde das Kleinkreditgesetz auch nicht

als «verwerflich» resp. als Einstieg in die Überschuldung von Konsumenten gewertet. Ein Werbeverbot für Kleinkredite werde daher abgelehnt. Hingegen sei gegen eine noch ausführlichere Kreditfähigkeitsprüfung nichts einzuwenden, auch nicht gegen eine Pflichtmeldung bei der IKO, hülften doch beide Massnahmen, Überschuldungen zu vermeiden.

Energiestrategie 2050

Die Notwendigkeit, sich über die langfristige Energieversorgung des Landes Gedanken zu machen, wurde anerkannt. Es müssten Antworten gefunden werden, wie angesichts der auslaufenden Betriebsbewilligungen für die bestehenden Kernkraftwerke, der möglichen Ressourcenverknappung bei den fossilen Brennstoffen aber auch einer wachsenden Bevölkerung mit verändertem Konsumverhalten, vor allem bezüglich der Verfügbarkeit moderner Kommunikationstechnologien, die sich abzeichnende Energielücke geschlossen werden könne. Dazu müssten verbindliche, klare und langfristig ausgerichtete Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Unternehmen optimale Standortbedingungen, Investitionssicherheit und nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten böten. Wenn gleich die in der Energiestrategie 2050 gesetzten Ziele zur Förderung von Energieeffizienz und Ausbau von erneuerbaren Energien grundsätzlich Unterstützung fänden, bestünden grosse Vorbehalte gegenüber der damit verbundenen staatlichen Regulierung. Die Steigerung der Energieeffizienz liege im



ureigensten Interesse der Wirtschaft zur Kosteneinsparung. Ab einem gewissen Punkt seien solche Massnahmen aber ausgeschöpft. Zusätzliche staatliche Auflagen hätten dann Mehrkosten für die Wirtschaft zur Folge, ohne jedoch zu massgeblichen Verbesserungen beizutragen. Bei der Förderung neuer Technologien und neuer erneuerbarer Energien sei bei der Steuerung grosse Zurückhaltung zu üben. Entsprechende Fördermittel für die Forschung seien ohne Auflagen bezüglich der Stossrichtung bereitzustellen. Der Markt könne am besten beurteilen, welche Investitionen zukunftsfruchtig und wirtschaftlich vertretbar seien. Ferner wurde dafür plädiert, technologisch alle Optionen offenzuhalten, also Kernenergie als Versorgungsquelle nicht a priori auszuschliessen. Die bestehenden Kernkraftanlagen seien solange weiter zu betreiben, als deren Sicherheit gewährleistet sei. Falls ab 2020 die Nuklearanlagen vom Netz genommen würden, bestünde die Gefahr einer Versorgungslücke, da nicht erkennbar sei, wie der Beitrag der Kernenergie von fast 40 % an die

Energieversorgung anderweitig und ohne zusätzliche Umweltbelastung gedeckt werden könnte. Folgende Forderungen an die Energiestrategie des Bundes und deren Umsetzung wurden gestellt:

- Die Energieversorgung ist jederzeit sicherzustellen.
- Die Kosten für den Umbau (und Betrieb) des Energiesystems müssen verhältnismässig und kalkulierbar sein.
- Dem Ausbau und der Erneuerung des Stromnetzes sind in einer auf erneuerbare Energien ausgerichteten Energiestrategie Priorität zuzumessen.
- Die Reduktion der CO₂-Emissionen sei eine zentrale Voraussetzung für den Klimaschutz. Der Bundesrat habe klar Stellung zu beziehen, wie er mit den konkurrierenden Ansprüchen einer klimaschonenden Energieversorgung und der Energieversorgungssicherheit umgehen wolle.
- Die Schweiz darf ihre Energiepolitik nicht im Alleingang umsetzen.
- Der freie Energieaustausch über die Grenze ist sicherzustellen, allenfalls

mit Hilfe bilateraler Energieabkommen.

- Der Strom- und Gasmarkt sind rasch und vollständig zu öffnen und zu liberalisieren.
- Die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) darf nicht weiter erhöht werden, ein Quotenmodell ist in Betracht zu ziehen.
- Die Technologieförderung hat mit marktwirtschaftlichen, nicht planwirtschaftlichen Instrumenten zu erfolgen.
- Die Energiestrategie muss demokratisch legitimiert, also vom Volk abgesegnet werden.
- Die Politik soll dem Markt und der Forschung offen lassen, welche Energiequellen favorisiert werden sollen, also keine restriktiven Vorgaben setzen.
- Es ist ein aggressiver Ausbau der Wasserkraft anzustreben, um den offensichtlichen Zielkonflikt zwischen Energiestrategie des Bundes und dem Klimaziel Reduktion der CO₂-Emissionen zu mildern.

In Anerkennung der Notwendigkeit einer langfristigen Planung zur Sicherstellung der Energieversorgung als einer der wichtigsten Infrastrukturen wurde von einem «wishfull thinking» dringend abgeraten. Es sei nicht nachvollziehbar, dass der Elektrizitätsverbrauch bis 2020 praktisch stabil und danach bis 2035 sogar sinken soll und dies trotz Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums.

VERNEHMLASSUNGEN KANTON GRAUBÜNDEN

Starke Gemeinden –

Starker Kanton

Das Initiativkomitee hat Ende Mai 2013 die kantonale Initiative «Starke Gemeinden – starker Kanton», welche am 22. September 2013 zur Abstimmung hätte kommen sollen und von der Handelskammer aktiv unterstützt wurde, zurückgezogen. Nach übereinstimmender Ansicht des Initiativkomitees wäre die Initiative in der derzeitigen politischen Konstellation aussichtslos gewesen. Damit wären auch die bisherigen Bemühungen und Ziele des Grossen Rates und der Regierung zur Neustrukturierung des Kantons und der Gemeinden gefährdet gewesen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Initiative positiven Einfluss auf die Beratung der Gemeinde- und Gebietsreform 2011 hatte. Immerhin darf zudem festgestellt werden, dass seit der Lancierung der Initiative der Druck auf die Gemeinden gewachsen ist, was für zahlreiche grössere und kleinere Fusionen den Boden geebnet hat (Val Sot, Lumnezia, Ilanz, Arosa etc.).

Ansätze für ein Wirtschaftsentwicklungskonzept in Graubünden

Im Anschluss an die letztjährige Vernehmlassung zum Wirtschaftsentwicklungsgesetz sowie im Hinblick auf den Bericht der Regierung über die Wirtschaftsentwicklung im Kanton haben die Dachorganisationen der Wirtschaft unter dem Titel «Ansätze für ein Wirtschaftsentwicklungskonzept in Graubünden» eine Diskussionsgrundlage

geschaffen und folgende Thesen für die Standortentwicklung erarbeitet:

1. Der Tourismus (in Destinationen)

Ausgangslage:

- Tourismuswachstum der nächsten 20 Jahre kommt auch aus Übersee und aus der alternden Bevölkerung. Allerdings darf das Potential nicht überschätzt werden. Die bisherigen Kernmärkte (Schweiz, Deutschland, Oberitalien) dürfen nicht vernachlässigt werden
- Tourismus hat Zukunft, muss aber revitalisiert werden

Ansatzpunkte der Standortentwicklung:

- Die touristischen Angebote des ganzen Kantons vermarkten, unter Berücksichtigung und Koordination der vorhandenen Kernkompetenzen der einzelnen Destinationen
- Mehr gut strukturierte Betriebe (Grösse) in Tourismusorten als Voraussetzung für die Revitalisierung des Tourismus
- Profilierung der einzelnen Destinationen schärfen (nicht alles machen)
- Jede Region stärkt koordiniert ihr eigenes Profil und ihre eigenen Kernkompetenzen
- Destinationsförderung (PR) mit öffentlichen Mitteln
- Gäste (inkl. Zweitwohnungsbesitzer, die dazu gehören) sind als Gäste zu behandeln und nicht als «Abschöpfungsadressaten»
- Angebote fördern, welche die Saison verlängern mit dem Ziel zum «Ganzjahrestourismus»

- Jeder Wintergast kommt auch im Sommer nach Graubünden
- Produkte entwickeln, welche im Sommer und in der Nebensaison die Kraft haben, zusätzlich 1,5 Mio Hotelübernachtungen zu generieren (= Stand anfangs 90er-Jahre mit ca. 6,6 Mio Übernachtungen)
- Zwei bis drei international vermarktbarbare Highlights für den Sommer (Top-Tourismusprodukte)
- Bedeutung des Tourismus in der Bevölkerung stärken (Lobbyismus, Tourismusbewusstsein)
- Zur Verbesserung des Preis-Leistungsverhältnisses müssen im Einkauf gleich lange Spiesse mit den ausländischen Mitbewerbern bestehen und im Infrastrukturbereich eine Reduktion der Auflagen erfolgen
- Forderung nach höherer Flexibilität bei der Anstellung von Mitarbeitern im Gastgewerbe (Zusammenarbeit mit RAV) mit dem Ziel, die Anzahl von Ganzjahresstellen zu erhöhen
- Finanzierungen für Infrastrukturen in der Hotellerie, die der Gast nicht sieht und dafür nichts bezahlt, erleichtern

2. Gewerbe und Industrie (Agglomeration Bündner Rheintal)

Ausgangslage:

- Wenig Dynamik in den letzten 10 Jahren
- Potenzial für Industriebetriebe intakt

Ansatzpunkte der Standortentwicklung:

- Durch öffentliche Hand optimal erschlossene Flächen für Industriebetriebe anbieten

- Einführung eines «One-Stop-Shops» mit Kompetenzen und dem Selbstverständnis eines Dienstleisters
- Bildungspolitik betreiben, die auf allen Stufen den Anforderungen der Wirtschaft dient und zu einer Verbesserung des Rekrutierungspotenzials führt (Technik auf Fachhochschulniveau)
- Sprachenkonzept in der Volksschule mit angrenzenden Kantonen harmonisieren
- Fachleutemangel beheben (auch in Punkt 3 und 4 enthalten)
- Forschungspolitik betreiben, die auf Spin-offs abzielt
- Kanton bleibt als Auftraggeber ein starker Partner
- Gezielt Ansiedlungen von interessanten Technologiefirmen und Hauptsitzen suchen
- Clusterbildungen anstreben
- Regulierungsdichte verkleinern, Gesetzesflut Einhalt gebieten
- Ansiedlung von Exportunternehmern erleichtern (ohne einzelbetriebliche Förderung!)
- Rasche Verfahren (von Kanton und Gemeinden insbesondere bei Baubewilligungen)
- Steuerklima verbessern (im interkantonalen Vergleich frühere Zielsetzung [= erstes Drittel] halten) und bewährtes System der Direktabschreibungen beibehalten
- Attraktive Verbindungen im öffentlichen Verkehr (Pendler) zur Verfügung stellen

3. Der ländliche Raum

Ausgangslage:

- Bevölkerungsrückgang wird sich fortsetzen
- Wasserkraft fällt in 20–30 Jahren heim, könnte, falls die Rahmenbedingungen stimmen, vermehrt Geldflüsse in die Regionen bringen
- Wenig andere Impulse zu erwarten

Ansatzpunkte der Standortentwicklung:

- Kostensenkung durch Zentrenbildung und Verzicht auf «exzessive» dezentrale Besiedelung
- Bereitstellung von Gewerbe- und Industriezonen
- Schaffung von Sonderwirtschaftszonen für Gewerbe mit verkürzten Baubewilligungsverfahren
- Anreize schaffen, welche die Zentrumsbildung fördern
- Kompensationen zur eigenständigen wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raumes einfordern, zum Beispiel in Form einer Einführung von Sondernutzungszonen als Abgeltung für Ressourcen aus dem ländlichen Raum (ländlicher Raum wird als Erholungsraum «missbraucht»)
- Wichtige Dienstleistungen im Gesundheitsbereich aufrechterhalten
- Pendler von Zentren in die Regionen gewinnen
- Nähe zu Zentren verbessern
- Natur nutzen, indem sie auch als Wohnargument herangezogen wird
- Pärke so konzipieren, dass Werte geschaffen werden können (nicht alles verbieten, authentische Geschichten erzählen)

- Sensibilisierung auf die Qualitäten einheimischer Arbeitnehmer bei Führungsaufgaben
- Mut zu Bauwerken wie Porta Alpina
- Ländlichen Raum für Talentschmiede nutzen (Sportschulen, Universitäten, ETH etc.).

4. Der Wohnstandort

Ausgangslage:

- Ohne attraktiven Wohnstandort kein Rekrutierungspotenzial für die Unternehmen.

Ansatzpunkte der Standortentwicklung:

- Zu- und Wegzug vereinfachen, indem Bildung mit Rest der Schweiz harmonisiert wird
- Attraktive Verbindungen im öffentlichen Verkehr zur Verfügung stellen
- Ständige Verbesserung der Verkehrsanbindung zur Metropolitanregion Zürich
- Ständige Verkürzung der Wege innerhalb der Zentren von Graubünden

5. Der Staat

Ausgangslage:

- Graubünden ist überstrukturiert, aber nicht ineffizient, obwohl der innerkantonale Finanzausgleich falsche Anreize setzt

Ansatzpunkte der Standortentwicklung:

- Reduktion der Gemeinden auf ca. 70–80 bis 2020 und auf 50 bis 2030
- Reduktion des Grossen Rates auf 80 Vertreter (Gemeinden)

- Verzicht auf Zwischenebenen wie Kreise, Bezirke und Regionen. Aufgaben werden durch Kanton oder Gemeinden wahrgenommen
- Sprachenkonzept in der Volksschule mit angrenzenden Kantonen harmonisieren
- Wirtschaftsförderung kann die Probleme Graubündens nicht lösen. Kann aber Impulse geben und Reformen mitvorantreiben (z. B. Einführung One-Stop-Shop mit Kompetenzen in der Verwaltung)
- Vermehrte Unterstützung seitens des AWT, wenn es um Durchsetzung von Anliegen gegenüber dem Bund geht

6. Dienstleistungen (exkl. Tourismus)

Ausgangslage:

- Grundsätzliches Potenzial vorhanden
- In Graubünden hat sich aber in den letzten 10 Jahren wenig bewegt

Ansatzpunkte der Standortentwicklung:

- Für den Staat schwierig, die Rahmenbedingungen für Dienstleistungen zu beeinflussen
- Er kann höchstens die Rekrutierungsmöglichkeiten verbessern durch attraktive Wohnstandorte und Bildungsangebote.

7. Die Energie

Ausgangslage:

- Wasserkraft wird künftig heimfallen und eröffnet Chancen

Ansatzpunkte der Standortentwicklung:

- Stärkung der Repower
- Intelligente Nutzung der Ressourcenrente aus der Wasserkraft als entscheidendes Element

Teilrevision des Gesetzes über die Mittelschulen im Kanton Graubünden

Einleitend wurde festgestellt, mit dem Übertritt der geburtenschwächeren Jahrgänge seien die regionalen Mittelschulen von einem starken Geburtenrückgang betroffen. In den nächsten zehn Jahren zeichne sich ein kontinuierlicher Rückgang um ca. 600 Mittelschülerinnen und Mittelschüler ab. Dies habe zur Folge, dass die Beitragszahlungen des Kantons an die privaten Mittelschulen abnehmen werden, was diese vor finanzielle Herausforderungen stelle. Mit der Vorlage wolle die Regierung entsprechende Massnahmen gegen diese Entwicklung ergreifen, indem als Folge der Kosten für die Sanierung der Bündner Kantonsschule die Beitragszahlungen angepasst und die in der Regel tieferen durchschnittlichen Schülerzahlen pro Klasse der privaten Mittelschulen gegenüber Kantonsschule berücksichtigt werden sollen. Zudem solle die Grundlage für eine Sonderentschädigung für die zweisprachige Maturität und die Führung von Informatikmittelschulen geschaffen werden. Diese Teilrevision werde jährliche Mehrkosten von CHF 3,5 Mio. auslösen. Sodann wurde klargestellt, dass die verstärkte Förderung der Mittelschulen Auswirkungen auf die Lehr-



stellennachfrage haben könnte. Wenn die Maturitätsquote konstant bei rund 21 % gehalten und die berufliche Grundbildung auch künftig gleich behandelt werde, würden rund 27 % weniger Schüler die Mittelschule besuchen. Die Teilrevision des Mittelschulgesetzes wurde kritisch aufgenommen, weil die Regierung es unterliess, das offensichtliche Problem anzugehen. Denn der Geburtenrückgang und fehlende Internatsschüler könnten langfristig auch mit höheren Kantonsbeiträgen nicht kompensiert werden. Insbesondere könne die Vorlage nicht das Problem einzelner gefährdeter Ausbildungsstandorte angehen, die Lösung werde auf die lange Bank geschoben. Mit Blick auf die Berufsbildung wurde gefordert, der Kanton müsse mit geeigneten Massnahmen für die Beibehaltung der heutigen Maturitätsquote von ca. 21 % sorgen. Nur die Besten eines Jahrganges sollen über die Matura den universitären Hochschulen zugeführt

werden, deshalb müssten die Anforderungen an die Matura hoch bleiben. Auch wenn der Anspruch der privaten Mittelschulen an höhere Beiträge aufgrund der Entwicklung an der Kantonschule Chur nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde, dürfe der weiterhin andauernde Rückgang der Schülerzahlen und Internatsschüler nicht einfach durch eine Beitragserhöhung nach dem Giesskannenprinzip aufgefangen werden. Die Mittelschullandschaft im Kanton sei zu überdenken. Abgelehnt wurde die Einführung von Informatikmittelschulen. Wo die Möglichkeit bestehe, sei das duale Ausbildungssystem vorzuziehen. Fachmaturitäten seien nicht attraktiv und hätten schon heute mit grossen quantitativen Problemen zu kämpfen, um sich zu halten. Es mache keinen Sinn, für eine spezielle Branche eine Ausnahme vom dualen Ausbildungssystem zu machen und damit den Ausbildungsbetrieben jene Lernenden wegzunehmen, die meist über



überdurchschnittliche Fähigkeiten verfügten. Solche Lernenden würden dann auch in den Berufsschulen fehlen und vermutlich kaum Praktikumsplätze finden. Zudem sei die duale Ausbildung in jedem Fall günstiger als jene über die Berufsmittelschule. Auch wenn nach dem vorgeschlagenen Konzept ausschliesslich die Applikationsentwicklung unterrichtet werden soll, sei eine Ausdehnung auf andere Gebiete wie Systemtechnik, Betriebsinformatik oder Netzwerkentwicklung absehbar, um grössere Klassenzüge bilden zu können.

Teilrevision des Gesetzes über die Kantonale Pensionskasse Graubünden

Zur Sicherstellung der Leistungen seien in der Vergangenheit bereits diverse Massnahmen getroffen worden (Senkung des technischen Zinses auf 3,5 % resp. 3 % per 1. 1. 2012, Nullverzinsung der Sparkapitalien der aktiven Versicherungen im Jahr 2010 und Senkung des Umwandlungssatzes von 7,2 % auf 6,5 % im Jahr 2005). Trotzdem konnte das im Jahr 2000 mit dem Übergang vom Leistungs- zum Beitragsprimat festgelegte Leistungsziel von 60 % des letzten versicherten Lohnes nicht mehr gehalten werden. Die Marke liege heute bei rund 55 %. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen solle das Rentenniveau bei der Kantonalen Pensionskasse erhalten bzw. nicht weiter gesenkt werden müssen. Dabei sollen die Spardauer verlängert und die Sparbeiträge leicht angehoben werden. Ferner sollen der Sparvorgang bereits im Alter 20 ge-

startet und ab Alter 45 die Beiträge erhöht werden. Dafür müsse der Kanton als Arbeitgeber mit Mehrkosten von rund CHF 750 000.00 pro Jahr rechnen. Diese moderate Finanzierungsanpassung werde aber nicht reichen, um die Pensionskasse ins Gleichgewicht zu bringen. Weitere Massnahmen müssten folgen. Es sei aber unverständlich, dass eine vorgezogene Finanzierungsanpassung vorgenommen und nicht eine Gesamtsanierung angestrebt werde. Nach den sehr hohen, alleine vom Kanton finanzierten Kosten für die Ausfinanzierung dürften keine derzeit nicht finanzierten Leistungen an die Versicherten ausgerichtet werden. Eine weitere Kostensteigerung für den Arbeitgeber sei nicht angemessen. Andernfalls würden die Steuerzahler quasi doppelt bestraft: Einerseits sanken deren eigenen Pensionskassenrenten tendenziell, andererseits müssten sie Solidaritätsbeiträge für die Staatsangestellten leisten. Es müsse daher zwingend aufgezeigt werden, wie die künftigen Probleme angegangen würden. Insbesondere müsse vor einer Erhöhung der Beiträge beantwortet werden, ob es richtig sei, weiterhin ein Leistungsziel von 60 % des versicherten Lohnes anzupeilen und weshalb der Kanton immer noch von der gleichmässigen Aufteilung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen bei Personen ab dem Alter 45 abweiche. Aus Gründen der Annäherung an die Verhältnisse der Privatwirtschaft, aber auch um die ältere Arbeitskraft für den Kanton attraktiver zu machen, sei eine paritätische Finanzierung über alle Altersjahre auch bei den Staatsangestell-

ten durchzusetzen. Sodann sei anzunehmen, dass der technische Zinssatz im Jahr 2017 nicht mehr bei 3 %, sondern bei 2,5 % liegen werde, da die hohen Renditen der Pensionskassenanlagen der Vergangenheit angehörten. Bevor Finanzierungslücken mit höheren Beiträgen gefüllt würden, müsse sich die Pensionskasse zuerst mit der wichtigen Frage einer allfälligen Leistungskürzung auseinandersetzen. Die Einbindung der jungen Mitarbeitenden ab Alter 20 in den Sparprozess wurde begrüsst.

Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Graubünden

Die Vorlage wurde zurückgewiesen mit dem Antrag, vorgängig sei eine wirtschaftspolitische Strategie für den Kanton Graubünden zu erarbeiten. Oberstes Ziel sämtlicher wirtschaftspolitischer Massnahmen und Aktivitäten müsse das Generieren von qualitativem Wachstum und die Stärkung des Wirtschaftsraumes gegenüber den Mitbewerbern sein. Gemäss Regierungsprogramm 2013–16 scheine dies auch dem Willen der Regierung zu entsprechen. Wachstum und Stärkung des Wirtschaftsstandortes bedeute nicht primär finanzielle Unterstützung von Unternehmen oder Ansiedlung möglichst vieler Unternehmen und Arbeitsplätze, sondern Erzielung einer hohen Wertschöpfung und die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze. Wie viele der zwischen 2005 und 2011 finanziell unterstützten Unternehmen heute noch und vor allem mit Erfolg tätig seien

und wie viele Arbeitsplätze diese dank der finanziellen Unterstützung geschaffen resp. erhalten hätten, lasse sich dem Bericht ebenso wenig entnehmen wie die Antwort, ob finanzielles Engagement und Return on Investment in einem guten Verhältnis stünden oder ob damit nur Mitnahmeeffekte einhergingen. Dabei dürfe der Erfolg der wirtschaftspolitischen Massnahmen nicht primär daran gemessen werden, ob sämtliche finanziellen Engagements auch vom Erfolg gekrönt wurden. Bei solchen Beiträgen handle es sich um «Risikokapital», und die Chance eines Scheiterns sei damit zwangsläufig verbunden. Auch der Misserfolg mit der Beitragsgewährung an die Sägerei in Domat/Ems beeinflusse die Haltung der Dachorganisationen nicht, zumal dies nicht primär ein Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung war, sondern dieses Vorhaben aus forstwirtschaftlichen Motiven unterstützt wurde, um die Forstbetriebe endlich wirtschaftlich arbeiten zu lassen und nicht über die Gemeinden quersubventionieren zu müssen. In diesem Lichte sei zu hoffen, dass am Standort Domat/Ems eine neue, auf die Bedürfnisse der Bündner Forstwirtschaft angepasste Sägerei ihren Betrieb wieder aufnehmen werde. Die Forstwirtschaft könne aber nur Erfolg haben, wenn die Forstbetriebe der Gemeinden privatisiert oder zumindest die Holzschläge öffentlich ausgeschrieben würden, was auch junge Holzunternehmern für die nächste Generation Chancen eröffnen würde. Sodann wurde klargestellt, dass der Erfolg Schweizerischer Wirtschaftspolitik auf der be-



währten Aufgabenteilung zwischen Staat und Wirtschaft beruhe und die Trennung von Staat und Wirtschaft als Prinzip zu gelten habe. Die öffentliche Hand solle sich auf die Festlegung der Rahmen- und die Gestaltung der Infrastrukturbedingungen für die Wirtschaft beschränken. Die Verantwortung und das Risiko für das eigentlich wirtschaftliche Geschehen sollten demgegenüber ausschliesslich die Firmen tragen. Entsprechend habe der Staat alle Versuche abzuwehren, die darauf abzielten, unternehmerische Verantwortung ganz oder teilweise auf die öffentliche Hand zu übertragen. Förderungsmassnahmen könnten kurzfristig

angenehm sein, auf die Dauer schwächen sie, sofern damit nicht die richtigen Impulse ausgelöst würden, die Wirtschaft und den Wohlstand. Beanstandet wurde sodann die fehlende Strategie zur Wirtschafts- und Wachstumsentwicklung. Anzusetzen sei primär bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und nicht mit einer Ausweitung des Giesskannenprinzips. Im Vordergrund müsse die Beseitigung von Standortnachteilen resp. -defiziten stehen, nicht die Erweiterung der finanziellen Förderungsmöglichkeiten, zudem die Erhaltung und Ansiedlung von wertschöpfungsintensiven Betrieben und Arbeitsplätzen, die generelle Entlastung und Befreiung aller Unternehmen von wettbewerbsschwerenden Massnahmen, Gesetzen, Abgaben und Auflagen sowie der Abbau von Staatsaufgaben und -personal, schlankere Strukturen, kürzere Entscheidungswege sowie schnelle und einfach umzusetzende Bewilligungen. Dazu seien insbesondere das Anreizsystem und die Nachfrage zu stärken statt das Giesskannenprinzip. Die Wirtschaftsförderung müsse sich auf die Ansiedlung resp. «Förderung» von Unternehmen fokussieren, welche mit Innovation, Investitionen, hoher Wertschöpfung und qualifizierten Arbeitsplätzen hohe Gewinne erzielen, und diesen steuerliche Anreize für einen Verbleib oder Zuzug in den Kanton gewähren. Die Unterstützung von schwachen Unternehmen, welche auf finanzielle Beiträge der öffentlichen Hand angewiesen seien, sei nicht zielführend. Gemäss einer Studie des Wirt-

schaftsforums Graubünden bestehe im Bündner Rheintal das Potenzial für die Ansiedlung von maximal ca. 1300 bis 2300 Dienstleistungsarbeitsplätzen. Wenn das qualitative Wachstum und die Wertschöpfung im Kanton erhöht werden sollten, müssten hierfür zusätzlich auch qualifizierte Arbeitsplätze im technischen und industriellen Sektor geschaffen werden. Dies müsse das primäre Ziel bündnerischer Wirtschaftsförderung sein, nicht die Stützung der Schwachen und Schwächen und die Gewährung von Beiträgen ohne klare Strategie. Erste Bedingung staatlicher Wirtschaftsförderung bilde die Beschränkung auf Ausnahmen und die Verhinderung von Präzedenzfällen. Demgegenüber sehe der Gesetzesentwurf ein beinahe lückenloses System vor, mit welchem letztlich beinahe alles gefördert und unterstützt werden könnte. Dies führe zu einer breiten Streuung der Mittel und einer schlechten Allokation mit fehlender Zielorientierung. Der Rahmen allfälliger staatlicher Interventionen müsse klar abgesteckt werden, eine klare Strategie der Regierung müsse aufzeigen, welches die für den Kanton wichtigen Branchen seien und welche Aktivitäten (Aus- und Weiterbildung, Diversifikation, Innovation, Internationalisierung etc.) unterstützt werden sollen. Auch dürfe mit staatlichen Unterstützungsinvestitionen nicht der notwendige Strukturwandel behindert werden. Eines der grössten, wenn nicht gar das grösste Wirtschaftshindernis seien die langwierigen und komplizierten Verfahren, im Besonderen im BAB-Bereich (Bergbahnen, Strom-

energieunternehmen, Touristische Anlagen, Kies- und Steinabbau). Hier verlange die Wirtschaft, dass solche Projekte von der Verwaltung bewilligungsfreundlich angegangen würden und nicht mit dem Ziel, möglichst viele Schwachpunkte aufzuzeigen. Dies bedinge, dass solche Verwaltungsentscheide aufgrund politischer Vorgaben der Regierung beurteilt würden. Es dürfe nicht sein, dass diverse Departemente sich hinsichtlich der Bewilligungsfähigkeit gegenüberstünden und bekämpften. Solche Verfahren müssten «Chefsache» der gesamten Regierung sein mit der Vorgabe, das Projekt bewilligungsfähig zu machen. Dazu brauche es einen mit Kompetenzen ausgestatteten und direkt der Regierung unterstellten «One-Stop-Shop». Zusätzliche, qualifizierte Arbeitsplätze und qualitatives Wachstum seien nur im industriellen und Technologiesektor möglich. Für solche Unternehmen fehlten aber qualifizierte Arbeitsplätze sowie entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten und Forschungsinstitute. Wenn schon ansässige Unternehmen wegen dieser Mängel für einzelne Bereiche ihren Standort wechselten (z. B. Hamilton Bonaduz AG), wie sollten dann neu zuziehende Unternehmen angelockt werden können. Graubünden müsse den Mut haben, in die Schaffung und Verbesserung entsprechender Rahmenbedingungen massiv zu investieren, nur so könne ein Return on Investment erwartet werden. Dazu wurde der Aufbau technischer Ausbildungslehrgänge an der HTW, dann aber vor allem auch die Schaffung von entsprechenden For-

schungsinstituten, welche beide die Grundbedürfnisse der diversen hier bereits ansässigen Unternehmen wie auch der diversen im Ingenieurbereich tätigen Unternehmen abdecken müssten. Dabei stelle sich die «Huhn-Ei-Frage». Aber die Antwort sei klar: Zunächst müssten Angebote und Infrastrukturen, sprich geeignete Rahmenbedingungen, bereitgestellt werden, nur dann sei ernsthaft an die Schaffung zusätzlicher qualifizierter Arbeitsplätze und an die Generierung einer hohen Wertschöpfung im Kanton zu denken. Aber auch die Verfügbarkeit von genügend und hinreichend erschlossenem Boden sei eine wichtige Rahmenbedingung. Die Bestrebungen des Kantons zur Sicherung und Bereitstellung von Landreserven für die Ansiedlung neuer Unternehmen wurden unterstützt. Geeignete und kurze Verkehrsverbindungen gehörten zu den wichtigsten Rahmenbedingungen, wobei allerdings ein etwas bescheidener Standard vorzuziehen wäre, um die so frei werdenden Mittel effizient und wirtschaftsfördernd einsetzen zu können. Ebenso wichtig seien indessen Verbindungen resp. Übertragungsnetze für Daten, und zwar nicht nur in den Zentren, sondern auch ausserhalb derselben. So gehörten Glasfasernetze zum unabdingbaren Standard für die weitere Entwicklung der Wirtschaft im Kanton. Mit ihrer eigensinnigen Energiepolitik (Energiestrategie 2050) manövriere sich die Schweiz ins Abseits. Energie sei eine der wichtigsten Rahmenbedingungen und wäre im Kanton vorhanden. Zudem verfüge der Kanton mit der Repo-

wer über ein geeignetes Instrument, um die ausreichende Energieversorgung zu günstigen Konditionen im Sinne einer USP und als Standortvorteil zur Verfügung zu stellen. Sodann sei ein günstiges, wirtschaftsfreundliches Steuerklima, wenn auch nicht der allerwichtigste, so doch anerkanntermassen ein entscheidender Standortfaktor. Zusammen mit der Bereitstellung von Energie zu konkurrenzfähigen Preisen wäre eine günstige Unternehmensbesteuerung wohl der einzige Standortvorteil, welchen Graubünden im Standortwettbewerb anbieten könnte. Angesichts der relativ geringen Bedeutung der Steuern juristischer Personen müsse der Kanton Graubünden den Mut haben, hier im schweizerischen Vergleich einen Spitzenplatz anzustreben. Dringend zu verhindern seien Mitnahmeeffekte durch einzelbetriebliche Förderung. Wirtschaftsentwicklung und Rahmenbedingungen seien so zu gestalten, dass die Weiterentwicklung oder Ansiedlung von Unternehmen ohne Geldzuschüsse der öffentlichen Hand erfolge, dies vor allem durch die Schaffung von Anreizen und die Bereitstellung des für die Unternehmen erforderlichen Umfeldes und Angebotes. Soweit mit dem Wirtschaftsentwicklungsgesetz die Voraussetzungen und Instrumente geschaffen würden zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik des Bundes und für die eigene Regionalpolitik des Kantons, insbesondere zur Stärkung der Regionen, sei gegen die Vorlage nichts einzuwenden. Dabei sei jedoch strikte auf die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen gegen-



über ändern Unternehmen im Kanton zu achten. Ebenso nichts eingewendet wurde gegen die in der Vorlage vorgesehene Unterstützung von Sportanlässen und Sportstätten, da solche Projekte die Regionalpolitik sowie das Tourismusmarketing stützten. Abschliessend wurde eingeräumt, dass einzelnen Unternehmen durch einzelbetriebliche Förderungen geholfen oder diesen zumindest – wenn auch nur im Sinne eines Mitnahmeeffektes – willkommene Unterstützung gewährt werden konnte. Im Vordergrund kantonaler Wirtschaftsförderung müsse aber die Stärkung des Wachstums und der Wertschöpfung stehen und nicht die Bereitstellung von Instrumenten zur Unterstützung einzelner Unternehmen. Leider seien in der Politik des Kantons keine ausreichenden oder zielführenden Ansätze zu erkennen, wie ein ausreichendes Wachstum erzielt und damit die Konkurrenzfähigkeit im Standortwettbewerb erhalten werden könne. Dies wäre wichtiger als der Ausbau des Wirtschaftsförderungs-Instrumentariums.

ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN

Zu diversen eidgenössischen und kantonalen Vorlagen wurden folgende **Abstimmungsparolen** abgegeben:

Eidgenössische Abstimmungen	Parole	Resultat CH	Resultat GR
3. März 2013			
Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die «Familienpolitik»	Keine	54,3 % Ja	51,21 % Ja
Volksinitiative vom 26. Februar 2008 «gegen die Abzockerei»	Nein	68,0 % Ja	65,56 % Ja
Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung	Nein	62,9 % Ja	61,48 % Ja
9. Juni 2013			
Volksinitiative vom 7. Juli 2011 «Volkswahl des Bundesrates»	Nein	76,3 % Nein	79,1 % Nein
Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes	Keine	78,4 % Ja	80,54 % Ja
22. September 2013			
Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»	Nein	73,2 % Nein	77,33 % Nein
Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiegesetz)	Ja	60,0 % Nein	55,84 % Ja
Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz: Öffnungszeiten der Tankstellen-shops)	Ja	55,8 % Ja	60,04 % Ja
24. November 2013			
Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne»	Nein	65,3 % Nein	69,14 % Nein
Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»	Nein	58,5 % Nein	58,58 % Nein
Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz/Autobahnvignette)	Nein	60,5 % Nein	54,86 % Nein

Kantonale Abstimmungen**Parole****Resultat CH****Resultat GR****3. März 2013**

Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (Olympische Winterspiele 2022 in Graubünden)

Ja

52,66 % Nein

Kantonale Volksinitiative «Für gerechte Wahlen»
Proporzinitiative 2014

Nein

56,10 % Nein

Teilrevision der Kantonsverfassung (Art. 16 Ziff. 6 KV,
Aufhebung des ausserordentlichen Behördenreferendums)

Keine

63,4 % Ja

22. September 2013

Kantonale Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom
ohne Kohlekraft»

Nein

56,44 % Ja

Gegenvorschlag des Grossen Rates «Keine neuen
Investitionen in Kohlekraftwerke sofern der CO₂-
Ausstoss nicht wesentlich reduziert werden kann»

Ja

60,35 % Ja

Stichfrage

Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohle-
kraft»

50,13 % Ja

Gegenvorschlag des Grossen Rates

49,87 % Ja



ZUSAMMENARBEIT

DACH ORGANISATIONEN Wirtschaft Graubünden

DACHORGANISATIONEN DER WIRTSCHAFT GRAU- BÜNDE

Seit Juli 2008 sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden – Bündner Gewerbeverband, hotelleriesuisse Graubünden sowie Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden – mit ihren Geschäftsstellen in den gemeinsamen Räumlichkeiten Hinterm Bach in Chur domiziliert. Der regelmässige Gedankenaustausch ist damit institutionalisiert und die Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsführern funktioniert ausgezeichnet. Schwergewichtig haben sich die Gremien der drei Verbände mit der Wirtschaftsentwicklung in Graubünden auseinandergesetzt. Damit sollte ein Diskussionsbeitrag an die Erarbeitung eines Berichts zur Wirtschaftspolitik geleistet werden, welchen die Regierung aufgrund eines überwiesenen Auftrages dem Grossen Rat vorlegen wird. Die Durchführung von gemeinsamen Anlässen,

Vernehmlassungen und Eingaben an Behörden oder Positionierungen in der Öffentlichkeit verstärken das Gewicht der Stimme der Wirtschaft, wie im Berichtsjahr die Kampagnen Olympia 2022, Zweitwohnungs-Gesetzgebung, Wirtschaftsentwicklung, Initiative «Starker Kanton – Starke Gemeinden» gezeigt haben. Die Bündner Regierung schätzt diese enge Zusammenarbeit. Sie hat die Dachorganisationen am 30. April 2013 zum 17. Mal in Folge zu einer gegenseitigen Aussprache eingeladen. Wir bedanken uns bei Jürg Michel, Jürg Domenig, Urs Schädler und Ernst «Aschi» Wyrsh für die gute Zusammenarbeit.

PULS

Die GKB, die Südostschweiz, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, der Bündner Gewerbeverband, hotelleriesuisse Graubünden und die Handelskammer Graubünden sind seit 1997 gemeinsame Herausgeber der Wirtschaftspublikation «PULS». Daneben werden unter der Marke PULS auch Veranstaltungen organisiert, wie das alljährlich an der Gehla stattfindende Wirtschaftsforum Südostschweiz. Der traditionelle PULS-Anlass Ende Jahr fand im Rahmen der diesjährigen Generalversammlung von Handelskam-





mer und Arbeitgeberverband Graubünden am 19. November 2013 im GKB AUDITORIUM statt. Im Mittelpunkt stand die Zuwanderung mit einem Einführungsreferat von Prof. Dr. Ruedi Minsch, Vorsitzender der Geschäftsleitung a. i. economieuisse sowie einer anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema «Zuwanderung: Fluch oder Segen?».

WEITERE PARTNER

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden streben die regelmässige Zusammenarbeit und den Austausch mit vielen Partnern an. Dazu gehören die Interessengemeinschaft Tourismus (ITG), das Wirtschaftsforum Graubünden, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, Graubünden Ferien und diverse Bildungsinstitutionen, vorab die HTW, die ibW Höhere Fachschule Südostschweiz und die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen. In vielen Organisationen sind die Dachorganisationen der Wirtschaft mit ihren Mitgliedern in den Führungsgremien vertreten. Allen diesen Partnern danken wir für die gute Zusammenarbeit.

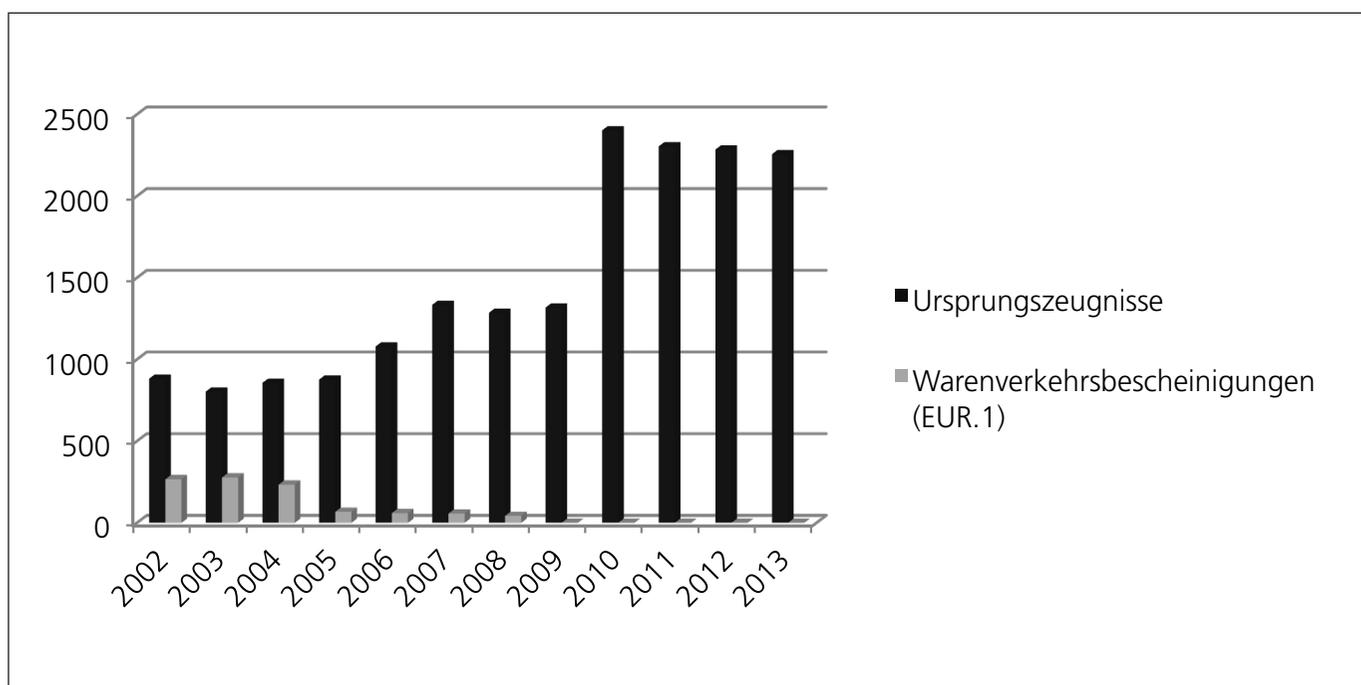


VERBANDSAKTIVITÄTEN

Die Haupttätigkeit des Sekretariates bestand auch im Berichtsjahr in der Verfassung von **Vernehmlassungen** an den Kanton Graubünden, an economiesuisse sowie an den Schweizerischen Arbeitgeberverband. Ferner gehörte der Sekretär **Abstimmungskomitees** und **Kommissionen** an, welche wirtschaftspolitisch relevante Themen behandelten. Zum weiteren Aufgabenbereich des Sekretariates gehörte die **Vertretung** des Verbandes bei verschiedenen Anlässen, in Arbeitsgruppen und Leitungsgremien anderer Organisationen. Schwerpunkte der Tätigkeit des Sekretariates waren im Berichtsjahr unter anderem die Vorberei-

tung der Abstimmungen über Olympia 2022, die «Kohlekraft-Initiative», die 1:12-Initiative sowie die Abzocker-Initiative.

Beim **Ursprungszeugnis-Dienst** wurden im Berichtsjahr 2256 Ursprungszeugnisse, Rechnungen, Tatsachenbescheinigungen etc. (Vorjahr 2284), hingegen keine Warenverkehrsbescheinigungen (Vorjahr 0) beglaubigt. Die Carnet-ATA, Zollbürgschaften für Warenmuster etc., wurden durch die Industrie- und Handelskammer St. Gallen Appenzell, die Handelskammer Zürich sowie die Tessiner Handelskammer ausgestellt.





Der **Mitgliederbestand** betrug per Ende des Berichtsjahres **506** (504) Mitglieder, wovon über die Kollektivmitgliedschaft ihrer Branchenverbände 47 Bergbahnen, 82 Zahnärzte und 14 Raiffeisenbanken.

Im Berichtsjahr wurden 5 **«HK-News»** herausgegeben, in welchen die Mitglieder mit aktuellen Informationen bedient wurden.

Ferner wurden im Berichtsjahr diverse **Veranstaltungen** durchgeführt oder mit anderen Organisationen angeboten (zum Beispiel Zuwanderungspolitik). Zudem haben wir diverse **Weiterbildungsveranstaltungen** befreundeter Organisationen angeboten, insbesondere im Bereiche des Exports.

Bei der **Öffentlichkeitsarbeit** wurden die Medien zu diversen Fragen und Vorlagen, zu denen sich unser Verband alleine oder zusammen mit Partnern geäussert hat, mit Communiqués bedient.

Neuerdings wurde den Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden zudem die Möglichkeit geboten, sich mehrmals jährlich im «Klartext» des Bündner Tagblatts zu äussern.

Im Hinblick auf die Erarbeitung eines Berichts zur Wirtschaftspolitik in Graubünden haben die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden **Ansätze für ein Wirtschaftsentwicklungskonzept in Graubünden** verfasst. Die Thematik ist ausserordentlich komplex. Es gibt keine Patentrezepte für die vielen Baustellen, die in Graubünden mit den jüngsten Abstimmungen (Zweitwohnungen, Raumplanungsgesetz, Olympia, Masseneinwanderung, Kohleinitiative) aufgerissen wurden. Vielmehr stellt die Wirtschaftsentwicklung einen ständigen Prozess dar, die Rahmenbedingungen zu verbessern. In einem umfassenden Bericht, der ohne externe Beratung erstellt wurde, wurde ausgehend von der heutigen Situation der grosse Handlungsbedarf aufgezeigt. Der Bericht lässt es aber nicht nur bei Feststellungen bewenden, sondern geht in Form von Ansätzen auf die wichtigsten Handlungsfelder ein, die von der Bündner Politik zu bearbeiten sind. Es handelt sich dabei um ein Arbeitspapier, das nicht abschliessend ist, sondern aus vielen bisherigen Untersuchungen eine Zusammenfassung macht und daraus konkrete Schlüsse zieht. So gesehen darf der Bericht auch nicht missverstanden werden. Er ist keine Gebrauchsanweisung, die aufzeigt, wie man zu mehr Wachstum kommt, sondern er ist als Input zu verstehen, um die anstehende Diskussion in

Gang zu bringen und in die richtigen Bahnen zu lenken, damit aufgezeigt werden kann, was Graubünden an den Rahmenbedingungen ändern muss, um Aussicht auf Erfolg zu haben und einen Schritt in seiner eigenen volkswirtschaftlichen Entwicklung weiterzukommen.

Das Sekretariat vermittelte auch im Berichtsjahr beinahe täglich **Auskünfte** aller Art an Mitglieder und auch an Nichtmitglieder, vorwiegend im Bereiche des Exportes, des Arbeitsrechtes sowie der Kontaktvermittlung.

Auch im Berichtsjahr haben wir die an verschiedenen Mittelschulen unseres Kantons durchgeführten **Wirtschaftswochen** finanziell unterstützt.

Für den **Businessplan-Wettbewerb an der HTW Chur** haben wir den Preis für den 1. Rang gestiftet.

Als Mitglied von **economiesuisse** und **des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes** stehen wir mit diesen Organisationen in regelmässigem Kontakt, vor allem im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren. Dabei steht für uns das Einbringen der spezifisch bündnerischen Interessenlage in die Meinungsbildung der beiden genannten Organisationen im Vordergrund.

Als Partner von **Switzerland Global Enterprise** (vormals OSEC) erbringt unser Verband diverse Dienstleistungen im Interesse der exportierenden Unternehmen.



Beim **Kanton Graubünden** sind es vor allem das Amt für Wirtschaft und Tourismus, das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, das Amt für Berufsbildung sowie die Steuerverwaltung, mit welchen wir in regelmässigem Kontakt stehen.

Im **Verein Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK)** sind alle 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz sowie jene des Fürstentums Liechtenstein angeschlossen. Dieses Netzwerk dient der Steigerung von Effizienz und Effektivität der einzelnen Kammern sowie der Vertretung gemein-



schiedensten Kriterien zu selektieren und deren Adressen zu erwerben. Zudem bietet SWISSFIRMS diverse Dienstleistungen an, welche ausschliesslich Handelskammermitgliedern vorbehalten sind.

Auch dieses Jahr wurde der Verein **Marke «graubünden»** unterstützt. Mit dem geleisteten finanziellen Beitrag wird sämtlichen Mitgliedfirmen ermöglicht, die Marke «graubünden» im reglementarisch vorgesehenen Rahmen unentgeltlich zu benutzen.



samer wirtschaftspolitischer Anliegen auf eidgenössischer Ebene. Vereinzelt werden auch gemeinsame Vernehmlassungen und Positionsbezüge abgegeben, nämlich bei Vorlagen von gesamtschweizerischem Interesse, bei welchem sämtliche Wirtschaftsregionen in gleicher Weise betroffen sind.

Über die Datenbank **SWISSFIRMS** ist es möglich, unsere Mitglieder nach ver-

Am 14. Februar 2013, auf den Tag 100 Jahre nach der Gründung, hat unser Verband das **100-Jahr-Jubiläum** gefeiert. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Graubünden mit zwei besonderen Projekten für die Jungen, nämlich einem interaktiven Lehrmittel zum Thema «Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen im Dorf, in der Stadt, in der Region und im Kanton Graubünden», welches im Schulunterricht der Primar- und Sekundarschule eingesetzt werden soll, sowie verschiedene Projektarbeiten der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) sowie der Pädagogischen Hochschule (PHGR) zum Thema «Vision 2030», bei dem die Studierenden ihre Visionen für ihren Kanton Graubünden entwickelt haben. Der Präsident setzte sich in seiner Jubiläumsansprache mit den aktuellen politischen Herausforderungen auseinander, während der Sekretär in seinem Vortrag anhand der hundertjährigen Vereinsgeschichte aufzeigte,

dass sich der Wirtschaft wiederkehrend die gleichen Probleme stellen, allerdings stets in einem veränderten Umfeld. Darauf gelte es jeweils, adäquate Lösungen zu finden. Umrahmt wurde der festliche Anlass von musikalischen Einlagen der Kanti-s-wings unter der Leitung von Andi Schnoz sowie einem Apéro riche.

Im Mittelpunkt der gut besuchten **Generalversammlung** vom 19. November 2013 stand das Thema «Zuwanderung». Nach einem Einführungsreferat von Prof. Dr. Ruedi Minsch, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse a. i., diskutierten anschliessend der Referent, Guglielmo L. Brentel, Präsident hotelleriesuisse, Valérie Favre Accola, Mitglied Parteileitung SVP Graubünden, Jon Pult, Präsident SP Graubünden/Grossrat, Dr. Martin Schmid, Ständerat Kanton Graubünden, unter der Leitung von Norbert Waser, stellvertretender Chefredaktor «Bündner Tagblatt», zum Thema «Zuwanderung: Fluch oder Segen?». Am anschliessenden Wirtschaftsapéro bot sich unseren Mitgliedern und den geladenen Gästen die Möglichkeit zum ungezwungenen Meinungs austausch und zur Kontaktpflege.

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher ist der **Vorstand** zu drei Sitzungen zusammengetreten, ferner wurden Beschlüsse auf dem Zirkulationsweg gefasst. Zu verschiedenen Sachgeschäften wurden Kommissionssitzungen abgehalten oder Zirkulationsbeschlüsse

gefasst. Zudem haben verschiedene Vorstandsmitglieder auch in ad hoc gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet und in den Gremien diverser Organisationen Einsitz genommen.

Mutationen im Vorstand ergaben sich durch die Demissionen von Dr. Sandro Costa als Vertreter des Graubündnerischen Baumeisterverbandes. Er wurde ersetzt durch Claudio Giovannoli, ferner wurden Hansruedi Benz, Meinrad Candinas und Urs Schmid in den Vorstand zugewählt.



BERICHT DER AHV-AUSGLEICHSKASSE FÜR GEWERBE, HANDEL UND INDUSTRIE IN GRAUBÜNDEN/GLARUS

Einleitung

Die Sicherung und Stabilisierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ist für die Bevölkerung in der Schweiz sehr wichtig.

Die Schweizerische Vereinigung der Verbandsausgleichskassen und die Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen sowie verschiedene Verbände bearbeiten zurzeit die Reform Altersvorsorge 2020. Die Themen der ersten Kernvorlage wie Referenzrentenalter (65/65), Flexibilisierung Rentenbezug 62–70, Maximierung der MwSt. zugunsten der AHV (0,6%) sowie der Mindestumwandlungssatz 6,0% mit Kompensation werden voraussichtlich ab 2015 im Parlament beraten.

Gesamthaft befinden wir uns in einer permanenten Entwicklung. Mit zunehmenden Aufgaben wachsen die Herausforderungen ständig. Die politischen Entscheidungen in der Schweiz, die wirtschaftlichen Veränderungen weltweit sowie die technologischen Fortschritte haben massgebend Einfluss auf unsere Tätigkeit.

Die Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden und Glarus bietet Unternehmen jeder Grös-

se nachhaltige, qualitativ hochstehende, kompetente, verbindliche und kostengünstige Dienstleistungen für die Belange der 1. Säule.

Damit unsere Ziele erreicht werden können, benötigt die AK 87 ein engagiertes und motiviertes Team. Das Team muss in die Zielsetzung einbezogen werden. Es muss die Bedürfnisse der Kunden verstehen, den Respekt und die entsprechende Wertschätzung zeigen und sich als wichtige Stütze einbringen können. Die engagierten Mitarbeiter führen zum Erfolg unseres Unternehmens. Gemeinsam wollen wir bewegen und wachsen.

Die neuen Technologien in der Informatik unterstützen uns sehr, stellen uns aber immer wieder vor grosse Herausforderungen und sind sehr kostspielig.

Die Vernetzung der Kommunikation und Information wird immer grösser und schneller. Die Zusammenarbeit mit anderen sozialen, bundesamtlichen und künftig auch mit internationalen Stellen fordert uns immer wieder heraus.

Die Einführung des neuen Informatiksystems hat das Tagesgeschäft nicht beeinflusst. Wir konnten, trotz grossen Veränderungen und Umstellungen, die



Dienstleistungen an unsere Kunden effizient und ohne grosse Probleme anbieten.

Die Jahresversammlung des Kassenvorstandes

Die Jahresversammlung fand am 23. Mai 2013 unter dem Vorsitz von Präsident Urs Schädler in Chur statt. An dieser Versammlung wurde die Jahresrechnung 2012, der Jahresbericht 2012 und das Budget für das Rechnungsjahr 2013 behandelt und genehmigt.

Während des Berichtsjahres fanden regelmässige Sitzungen zu verschiedenen Bereichen mit den Ausschussmitgliedern statt. Dabei wurden vor allem die steigenden EDV-Kosten sowie die Personalmutationen und das Budget 2014 thematisiert.

KENNZAHLEN 2013

	2013	2012	
Mitglieder			
Arbeitgeber und Selbständigerwerbende	1339	1323	
Nichterwerbstätige	127	104	
Beiträge			
AHV-Beiträge	92 215 693	91 314 775	
FAK-Beiträge	15 003 220	14 646 506	
Familienzulagen	14 031 977	14 000 083	
	2013	2012	Differenz in %
Beiträge			
AHV/IV/EO	92 215 693	91 314 775	1,0
Arbeitslosenversicherung	17 773 838	17 693 583	0,5
Total Beiträge	109 989 531	109 008 358	0,9
AHV-Leistungen			
Ordentliche Renten	65 315 563	63 895 291	2,2
Hilflosenentschädigungen	6 257 15	6 907 80	-9,4
Total AHV-Leistungen	65 941 278	64 586 071	2,1
IV-Leistungen			
Ordentliche Renten	5 672 787	6 240 252	-9,1
Ausserordentliche Renten	18 720	33 726	-44,5
Hilflosenentschädigungen	1 137 36	1 129 84	0,7
Taggelder	692 353	909 645	-23,9
Total IV-Leistungen	6 497 596	7 296 607	-11,0
EO-Leistungen			
Erwerbsausfallentschädigungen	3 386 807	3 424 822	-1,1
Mutterschaftsentschädigungen	1 230 923	1 069 673	15,1
Total EO-Leistungen	4 617 730	4 494 495	2,7

Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden und Glarus

F. Pally-Tuena (Kassenleiterin)



JAHRESRECHNUNG

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden

Bilanz per		31.12.2013		31.12.2012	
AKTIVEN					
	Konto	CHF	%	CHF	%
Kassa	1000	204.60		103.45	
Postkonto Chur 70-467-6	1010	193'983.49		233'623.57	
GKB Chur CA 053.788.800	1020	78.36		35'362.36	
UBS Chur 208-Q0814960.0	1025	13'693.64		13'677.69	
GKB Chur CK 053.788.800	1040	6'371.80		4'596.95	
Credit Suisse Chur 160756-90	1045	1'058.19		1'056.65	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1052	22'374.30		29'230.83	
Andere Forderungen	1060	3'659.60		3'660.10	
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1300	952.80		952.80	
Umlaufvermögen		242'376.78	40.5	322'264.40	51.6
Wertschriften mit Kurswerten	1050	355'620.45		301'801.00	
Qualitätsschutzmarke	1080	0.00		1.00	
Anlagevermögen		355'620.45	59.5	301'802.00	48.4
TOTAL AKTIVEN		597'997.23	100.0	624'066.40	100.0
PASSIVEN					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2000	25'324.32		20'407.47	
Passive Rechnungsabgrenzungen	2090	0.00		0.00	
Rückstellungen	2050	0.00		60'000.00	
Fremdkapital		25'324.32	4.2	80'407.47	12.9
Verbandskapital per 1.1.	2100	543'658.93	90.9	497'331.39	79.7
Jahreserfolg		29'013.98	4.9	46'327.54	7.4
Eigenkapital		572'672.91	95.8	543'658.93	87.1
TOTAL PASSIVEN		597'997.23	100.0	624'066.40	100.0

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden

Erfolgsrechnung		2013		2012	
ERTRAG		CHF	%	CHF	%
Mitgliederbeiträge	3000	123'837.80		121'222.25	
Beglaubigungen	3010	149'891.44		151'839.85	
Sekretariatsentschädigungen	3050	20'000.00		20'000.00	
Diverse Einnahmen	3100	358.30		332.85	
TOTAL BETRIEBSERTRAG		294'087.54	100.0	293'394.95	100.0
AUFWAND					
Verwaltungsaufwand		-167'306.80	-56.9	-149'910.85	-51.1
Saläre	5000	-113'363.60		-98'222.40	
Sozialkosten	5070	-32'290.30		-29'734.80	
Büromiete	6000	-4'800.00		-4'800.00	
Büromaterial und Drucksachen	6500	-11'528.65		-12'756.55	
Porti und Telefon	6510	-3'992.55		-3'128.75	
Abonnemente	6520	-1'331.70		-1'268.35	
Werbung und Repräsentation		-162'465.00	-55.2	-114'519.70	-39.0
Inserate und Werbung allgemein	6600	-5'157.30		-12'074.70	
Beiträge	6620	-26'630.00		-29'096.30	
Projektbeiträge	6630	-117'417.35		-61'912.00	
Sitzungs- und Reisespesen	6660	-7'898.10		-7'475.10	
Diverse Ausgaben	6700	-5'362.25		-3'961.60	
Betriebliches Ergebnis vor Steuern und Zinsen (EBIT)		-35'684.26	-12.1	28'964.40	9.9
Finanzerfolg		10'292.24	3.5	10'401.14	3.5
Finanzaufwand	6800	-324.70		-309.20	
Finanzertrag	6850	10'616.94		10'710.34	
Rückstellungen		60'000.00	20.4	10'000.00	3.4
Veränderung Rückstellung Jubiläum	6900	60'000.00		-15'000.00	
Veränderung Rückstellung Abstimmungen	6901	0.00		25'000.00	
Direkte Steuern	6599	-5'594.00	-1.9	-3'038.00	-1.0
JAHRESERFOLG		29'013.98	9.9	46'327.54	15.8

REVISORENBERICHT 2013

Bericht zur eingeschränkten Revision an die Mitgliederversammlung des Verbandes Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, 7000 Chur

Als vom Vorstand beauftragter Wirtschaftsprüfer haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Betriebsrechnung) des Vereins Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden für das am **31. Dezember 2013** abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während die Aufgabe der Rechnungsrevisoren darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Chur, 19. August 2014

Capol & Partner AG


Beda Capol
Revisionsexperte

Beilagen:

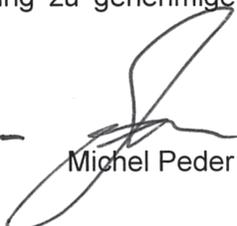
- Bilanz per 31. Dezember 2013
- Erfolgsrechnung 2013
- Anhang 2013

Bericht der Rechnungsrevisoren

Gestützt auf den obigen Bericht des vom Vorstand beauftragten Wirtschaftsprüfers und unseren eigenen Prüfungen empfehlen wir, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen und dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Chur, 19. August 2014


André Thomas


Michel Peder



VERBANDSORGANISATION 2013

VORSTAND

Ehrenmitglieder

von Sprecher Theophil, Dr. iur., Maienfeld
Campell Chasper, Dr. oec., Sils i. D.
Otto Beck, Zizers

seit 1966
seit 1987
seit 1990



Von der Generalversammlung gewählt

a) Präsidium

Locher Ludwig, Ems Chemie AG, Domat/Ems, Präsident
Dudli Heinz, Toscano AG, Chur, Vizepräsident
Hug Martin, Weisse Arena AG, Laax, Vizepräsident

seit 1993
seit 2005
seit 2012



b) Mitglieder

Attinger Bruno, Dr. med. dent., Chur
Belloli Edy, Ferriere Belloli SA, Grono
Berger Stefan, J. Berger AG, Sägerei und Hobelwerk, Seewis-Pardisla
Caprez Christoph, Frostag Food-Centrum AG, Landquart
Frei Ivo, skipp communications AG, Chur
Jäggi Roland, Kuoni Transporte AG, Chur
Lebrument Susanne, Südostschweiz Mediengruppe AG (Somedia), Chur
Müller Reto, Caviezel AG, Davos
Strolz Peter, Strolz Mechanik, Fideris †
Truffer Pius, Truffer AG, Vals
Wieland Andreas, Hamilton Bonaduz AG, Bonaduz
Züllig Andreas, Hotel Schweizerhof, Lenzerheide

seit 2000
seit 1987
seit 2004
seit 2002
seit 2008
seit 2008
seit 2009
seit 2006
seit 2000
seit 2007
seit 2004
seit 2000

VOM VORSTAND GEWÄHLT

Costa Sandro, Dr., Costa AG, Pontresina
Ernst Hansjörg, Ems-Chemie AG, Domat/Ems
Giovanolli Claudio, Lazzarini AG, Chur
Janka Alfred, Repower AG, Chur
Roth Thomas, Graubündner Kantonalbank, Chur
Schmid Urs, Allegra Passugger Mineralquellen AG, Passugg

seit 2009
seit 2010
seit 2013
seit 2012
seit 2012
seit 2013

KOMMISSIONEN



VEU Verkehr, Energie und Umwelt

Edy Belloli, Peter Engler, Roland Jäggi, Ludwig Locher

ASBIK Arbeit, Soziales, Bildung, Kommunikation

Dr. Bruno Attinger, Livio Bontognali, Susanne Lebrument



TOURBO Tourismus, Boden, Planung, Land- und Forstwirtschaft

Dr. Sandro Costa, Rico Monsch, Reto Müller, Pius Truffer, Andreas Züllig

FIWIS Finanzen, Wirtschaft, Steuern

Ludwig Locher

RECHNUNGSREVISOREN

Ordentliche Mitglieder

Beda Capol, Capol & Partner AG, Chur seit 2002

André Thomas, Müntener & Thomas Personal-
und Unternehmensberatung AG, Chur seit 2002

Stellvertreter

lic. iur. Michel Peder, Geschäftsführer PederConsulting
Versicherungs- & Vorsorgezentrum AG, Chur seit 2011

SEKRETARIAT

Sekretär

Marco Ettisberger, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar, Chur seit 1985

Beglaubigungsdienst

Claudia Bulach, Chur
Sinaida Schlegel-Foresta, Chur
Brügger Gianina, Chur

DELEGATIONEN

Ausgleichskasse Gewerbe, Handel und Industrie

Ludwig Locher, Präsident; Dr. iur. Marco Ettisberger, Ausschuss; Jürg Poppel, Christoph Caprez, Mitglieder

Kreisprüfungskommission Graubünden

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident; Beatrice-Manuela Eberle (Manor)

Schulrat Wirtschaftsschule KV Chur

Dr. iur. Marco Ettisberger, Irene Gujan (GKB), Dr. med. dent. Christoph Locher (Graubündner Zahnärztegesellschaft)

Interessengemeinschaft kaufmännische Grundausbildung Graubünden (IGKG)

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

Ludwig Locher, Präsident

Vorstand Förderverein Hochschule für Wirtschaft und Tourismus (HTW)

Heinz Dudli, Präsident; Ludwig Locher

ibW Höhere Fachschule Südostschweiz

Peter Scherrer (Büro für Informatik, Planung und Projektierung)

Tripartite Kommission für flankierende Massnahmen

Daniel Waldvogel (Ems Chemie AG)

Koordinationsgremium für die KMU-Politik

Christoph Caprez

Kantonales Einigungsamt

Dr. iur. Marco Ettisberger, Obmann

Redaktion «PULS»

Dr. iur. Marco Ettisberger

Marke «graubünden»

Dr. iur. Marco Ettisberger



Stiftungsrat Wirtschaftsforum Graubünden

Ludwig Locher

**Arbeitsgruppe «Swissness» der Schweizerischen
Industrie- und Handelskammern (SIHK)**

Dr. iur. Marco Ettisberger

Arbeitsgruppe «Raumplanung» von economiesuisse

Dr. iur. Marco Ettisberger



Infrastrukturkommission von economiesuisse

Dr. iur. Marco Ettisberger

**Arbeitsgruppe «Umsetzung Zweitwohnungsinitiative»
von economiesuisse**

Dr. iur. Marco Ettisberger



Kantonale Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen

Dr. iur. Marco Ettisberger

Comitato di sorveglianza Interreg Italia-Svizzera

Dr. iur. Marco Ettisberger





Jahresbericht 2013, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden

Adresse: Haus der Wirtschaft | Hinterm Bach 40 | 7000 Chur | Telefon 081 254 38 00 | Fax 081 254 38 09 | www.hkgr.ch

